Ausgabe
in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

Inhalt

I *Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

- ★ **Verordnung (EG) Nr. 1829/96 des Rates vom 16. September 1996 zur Eröffnung und Verwaltung von Gemeinschaftszollkontingenten für bestimmte gewerbliche Waren** 1
- ★ **Verordnung (EG) Nr. 1830/96 der Kommission vom 20. September 1996 zur Einstellung des Kabelaufangs durch Schiffe unter portugiesischer Flagge** 4
- ★ **Verordnung (EG) Nr. 1831/96 der Kommission vom 23. September 1996 zur Eröffnung und Verwaltung von im GATT gebundenen Gemeinschaftszollkontingenten für bestimmtes Obst und Gemüse und bestimmte Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse ab 1996** 5
- ★ **Verordnung (EG) Nr. 1832/96 der Kommission vom 23. September 1996 zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Obst und Gemüse** 17
- ★ **Verordnung (EG) Nr. 1833/96 der Kommission vom 23. September 1996 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1318/96 zur Abweichung von der Verordnung (EWG) Nr. 2456/93 hinsichtlich der öffentlichen Interventionen** 23
- ★ **Verordnung (EG) Nr. 1834/96 der Kommission vom 23. September 1996 betreffend die Erteilung von Lizenzen zur Einfuhr von Bananen im Rahmen des Zollkontingents für das vierte Quartal 1996 und die Einreichung neuer Anträge ⁽¹⁾** 24
- Verordnung (EG) Nr. 1835/96 der Kommission vom 23. September 1996 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise 27
- Verordnung (EG) Nr. 1836/96 der Kommission vom 23. September 1996 zur Bestimmung des Weltmarktpreises für nicht entkörnte Baumwolle und des Beihilfevor schusses 29

⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR

- * Richtlinie 96/59/EG des Rates vom 16. September 1996 über die Beseitigung polychlorierter Biphenyle und polychlorierter Terphenyle (PCB/PCT) 31
-

II *Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte*

Rat

96/556/EG:

- * Beschluß des Rates vom 16. September 1996 zur Ernennung von vier Mitgliedern und acht stellvertretenden Mitgliedern des Ausschusses der Regionen 36

Kommission

96/557/EG:

- * Beschluß Nr. 1/96 des AKP—EG-Ausschusses für Zusammenarbeit im Zollwesen vom 2. September 1996 über eine Abweichung von der Bestimmung des Begriffs „Ursprungswaren“ zur Berücksichtigung der besonderen Lage der Hersteller von Garnen (HS-Codes 5402 52 und 5402 62) im Königreich Swasiland 38

96/558/EG:

- * Beschluß Nr. 2/96 des AKP—EG-Ausschusses für Zusammenarbeit im Zollwesen vom 2. September 1996 über eine Abweichung von der Bestimmung des Begriffs „Ursprungswaren“ zur Berücksichtigung der besonderen Lage von Fidschi, Mauritius und Senegal bei der Produktion von Thunfischkonserven und Thunfischstücken 41

I

(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

VERORDNUNG (EG) Nr. 1829/96 DES RATES

vom 16. September 1996

zur Eröffnung und Verwaltung von Gemeinschaftszollkontingenten für bestimmte gewerbliche Waren

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 28,

auf Vorschlag der Kommission,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die innergemeinschaftliche Produktion wird bei bestimmten gewerblichen Waren im Jahr 1996 zur Deckung des Bedarfs der Verarbeitungsindustrien der Gemeinschaft weiterhin nicht ausreichen. Folglich wird die Versorgung der Gemeinschaft mit diesen Waren zu einem nicht unerheblichen Teil von Einfuhren aus Drittländern abhängen. Es empfiehlt sich daher, unverzüglich den dringenden Bedarf der Gemeinschaft bei diesen Waren unter möglichst günstigen Bedingungen zu decken.

Mit der Verordnung (EG) Nr. 3059/95⁽¹⁾ hat der Rat für das Jahr 1996 Gemeinschaftszollkontingente für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse und gewerbliche Waren eröffnet. Mit Inkrafttreten der vorliegenden Verordnung sind neue zollfreie Gemeinschaftszollkontingente zu eröffnen und die Mengen so festzulegen, daß weder das Gleichgewicht der Märkte für diese Waren noch der Start oder die Entwicklung der Gemeinschaftsproduktion gefährdet werden.

Es ist vor allem sicherzustellen, daß alle Importeure der Gemeinschaft gleichen und kontinuierlichen Zugang zu diesen Kontingenten haben und daß die vorgesehenen Kontingenzollsätze fortlaufend auf sämtliche Einfuhren der betreffenden Waren in allen Mitgliedstaaten bis zur Ausschöpfung der Kontingente angewandt werden.

Die autonome Eröffnung von Zollkontingenten obliegt der Gemeinschaft. Um die Wirksamkeit der gemeinsamen Verwaltung dieser Zollkontingente sicherzustellen, ist jedoch vorzusehen, daß die Mitgliedstaaten die ihren tatsächlichen Einfuhren entsprechenden notwendigen

Mengen auf die Kontingentsmengen ziehen können. Diese Art der Verwaltung erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission, die vor allem die Möglichkeit haben muß, den Stand der Ausnutzung der Kontingentsmenge zu verfolgen, und die die Mitgliedstaaten davon unterrichten muß —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Ab dem Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung bis zum 31. Dezember 1996 werden die bei der Einfuhr geltenden Zollsätze für die im Anhang genannten Waren in den Grenzen der angegebenen Gemeinschaftszollkontingente auf die jeweils angegebene Höhe ausgesetzt.

Artikel 2

Die Zollkontingente nach Artikel 1 werden von der Kommission verwaltet, die alle zur wirksamen Verwaltung erforderlichen Maßnahmen treffen kann.

Artikel 3

Legt ein Einführer in einem Mitgliedstaat eine Anmeldung zur Abfertigung zum zollrechtlich freien Verkehr vor, die einen Antrag auf Gewährung der Zollvergünstigung für eine unter diese Verordnung fallende Ware enthält, und nehmen die Zollbehörden diese Anmeldung an, so nimmt der betreffende Mitgliedstaat durch Meldung an die Kommission die Ziehung einer seinem Bedarf entsprechenden Menge auf die betreffende Kontingentsmenge vor.

Die Anträge auf Ziehung sind der Kommission zusammen mit der Angabe, wann den Anmeldungen stattgegeben wurde, unverzüglich zu übermitteln.

Die Ziehungen werden von der Kommission entsprechend der zeitlichen Reihenfolge gewährt, in der die Zollbehörden des betreffenden Mitgliedstaats den Anmeldungen zur Abfertigung zum zollrechtlich freien Verkehr stattgegeben haben, soweit der Restbetrag ausreicht.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 326 vom 30. 12. 1995, S. 19. Verordnung geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1253/96 (AbI. Nr. L 161 vom 29. 6. 1996, S. 144).

Nutzt ein Mitgliedstaat die gezogenen Mengen nicht aus, so hat er sie so bald wie möglich auf die betreffende Kontingentsmenge zurückzuübertragen.

Sind die beantragten Mengen höher als der verfügbare Rest der Kontingentsmenge, so erfolgt die Zuteilung anteilig im Verhältnis der Anträge. Die Mitgliedstaaten werden von der Kommission über die vorgenommenen Ziehungen unterrichtet.

Artikel 4

Jeder Mitgliedstaat garantiert den Importeuren der betreffenden Waren gleichen und kontinuierlichen Zugang zu

den Kontingenten, soweit der Rest der Kontingentsmenge ausreicht.

Artikel 5

Die Mitgliedstaaten und die Kommission arbeiten im Hinblick auf die Einhaltung dieser Verordnung eng zusammen.

Artikel 6

Diese Verordnung tritt am siebten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am 16. September 1996.

Im Namen des Rates

Der Präsident

I. YATES

ANHANG

Laufende Nummer	KN-Code	Taric-Unterteilung	Warenbezeichnung	Kontingentsmenge	Kontingentszollsatz (in %)
09.2940	ex 3920 62 10	*85	Folien aus Polyethylenterephthalat, mit einer Dicke von 9 Mikrometer ($\pm$ 0,3 Mikrometer), zum Herstellen von Waren der Position 8523 13 00 (*)	250 t	0
09.2941	ex 8471 70 53	*60	3.5-Zoll- oder 5.25-Zoll-Festplattenspeichereinheit mit einer formatierten Gesamtspeicherkapazität von nicht mehr als 18 Gigabyte, zum Herstellen von Waren der Position 8471 (*)	5 330 000 Stück	0

(*) Die Überwachung der zweckentsprechenden Verwendung erfolgt nach den einschlägigen Gemeinschaftsbestimmungen.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1830/96 DER KOMMISSION
vom 20. September 1996
zur Einstellung des Kabeljaufangs durch Schiffe unter portugiesischer Flagge

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 2847/93 des Rates
vom 12. Oktober 1993 zur Einführung einer Kontrollre-
gelung für die gemeinsame Fischereipolitik ⁽¹⁾, geändert
durch die Verordnung (EG) Nr. 2870/95 ⁽²⁾, insbesondere
auf Artikel 21 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die Verordnung (EG) Nr. 3076/95 des Rates vom 22.
Dezember 1995 zur Aufteilung bestimmter Fangquoten
für in der ausschließlichen Wirtschaftszone Norwegens
und in der Fischereizone um Jan Mayen fischende
Fischereifahrzeuge auf die Mitgliedstaaten (1996) ⁽³⁾ sieht
für 1996 Quoten für Kabeljau vor.

Zur Einhaltung der Bestimmungen bezüglich der
mengenmäßigen Beschränkungen der Fänge eines
Bestandes, der einer Quote unterliegt, ist es notwendig,
daß die Kommission den Zeitpunkt festsetzt, an dem
aufgrund der Fänge durch Schiffe unter der Flagge eines
Mitgliedstaats die diesem zugeteilte Menge als ausge-
schöpft gilt.

Nach den der Kommission mitgeteilten Angaben haben
die Kabeljaufänge in den Gewässern der ICES-Bereiche I,
IIa, b (norwegische Gewässer nördlich von 62°00' Nord)
durch Schiffe, die die portugiesische Flagge führen oder
in Portugal registriert sind, die für 1996 zugeteilte Quote

erreicht; Portugal hat die Fischerei dieses Bestandes mit
Wirkung vom 30. August 1996 verboten; dieses Datum ist
daher zugrunde zu legen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Aufgrund der Kabeljaufänge in den Gewässern der ICES-
Bereiche I, IIa, b (norwegische Gewässer nördlich von
62°00' Nord) durch Schiffe, die die portugiesische Flagge
führen oder in Portugal registriert sind, gilt die Portugal
für 1996 zugeteilte Quote als ausgeschöpft.

Der Kabeljau in den Gewässern der ICES-Bereiche I,
IIa, b (norwegische Gewässer nördlich von 62°00' Nord)
durch Schiffe, die die portugiesische Flagge führen oder
in Portugal registriert sind, sowie die Aufbewahrung an
Bord, das Umladen und Anlanden solcher Bestände, die
durch diese Schiffe in diesen Gewässern nach dem Tag
der Anwendung dieser Verordnung gefangen wurden, sind
verboten.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentli-
chung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*
in Kraft.

Sie gilt mit Wirkung vom 30. August 1996.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem
Mitgliedstaat.

Brüssel, den 20. September 1996

Für die Kommission

Emma BONINO

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 261 vom 20. 10. 1993, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 301 vom 14. 12. 1995, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 330 vom 30. 12. 1995, S. 51.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1831/96 DER KOMMISSION

vom 23. September 1996

zur Eröffnung und Verwaltung von im GATT gebundenen Gemeinschaftszollkontingenten für bestimmtes Obst und Gemüse und bestimmte Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse ab 1996

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1095/96 des Rates vom 18. Juni 1996 zur Anwendung der Zugeständnisse gemäß der nach Abschluß der Verhandlungen im Rahmen des Artikels XXIV Absatz 6 des GATT aufgestellten Liste CXL⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 1 Absatz 1,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 des Rates vom 18. Mai 1972 über eine gemeinsame Marktorganisation für Obst und Gemüse⁽²⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1363/95 der Kommission⁽³⁾, insbesondere auf Artikel 25 Absatz 1,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 426/86 des Rates vom 24. Februar 1986 über die gemeinsame Marktorganisation für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse⁽⁴⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2314/95 der Kommission⁽⁵⁾, insbesondere auf Artikel 12 Absatz 1,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3093/95 des Rates vom 22. Dezember 1995 zur Festlegung der nach dem Beitritt Österreichs, Finnlands und Schwedens zur Europäischen Union in den Verhandlungen gemäß Artikel XXIV Absatz 6 des GATT vereinbarten und von der Gemeinschaft anzuwendenden Zollsätze⁽⁶⁾, insbesondere auf Artikel 5,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Im Rahmen der Welthandelsorganisation hat sich die Gemeinschaft verpflichtet, unter bestimmten Bedingungen jährlich Gemeinschaftszollkontingente zu herabgesetzten Zollsätzen für bestimmtes Obst und Gemüse und bestimmte Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse zu eröffnen.

Aufgrund ihrer internationalen Verpflichtungen obliegt es nun der Gemeinschaft, Gemeinschaftszollkontingente für die Erzeugnisse in den Anhängen dieser Verordnung zu eröffnen. Dabei ist vor allem sicherzustellen, daß alle Einführer der Gemeinschaft gleichen und kontinuierlichen Zugang zu diesen Kontingenten haben und die vorgesehenen Kontingentszollsätze in allen Mitglied-

staaten fortlaufend auf sämtliche Einfuhren der betreffenden Waren bis zur Ausschöpfung der Kontingente angewandt werden. Um eine wirksame Verwaltung dieser Kontingente zu gewährleisten, ist es jedoch unbedenklich, den Mitgliedstaaten zu gestatten, die ihren tatsächlichen Einfuhren entsprechenden Mengen aus den Kontingentsmengen zu ziehen. Diese Art der Verwaltung erfordert allerdings eine enge Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission, die vor allem die Möglichkeit haben muß, den Stand der Ausnutzung der Kontingentsmengen zu verfolgen und die Mitgliedstaaten darüber zu unterrichten.

Die in den genannten Abkommen vorgesehenen Zollkontingente müssen ab dem Jahr 1996 eröffnet werden. Außerdem sind die besonderen Voraussetzungen für die Gewährung der Zollbegünstigungen der in den Anhängen dieser Verordnung vorgesehenen Kontingente festzulegen.

Mit der Verordnung (EG) Nr. 858/96⁽⁷⁾ hat die Kommission einen Teil der im GATT konsolidierten Gemeinschaftszollkontingente eröffnet. In dem Bemühen um Klarheit und Vereinfachung sind in der vorliegenden Verordnung alle Kontingente für Obst und Gemüse sowie Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse zusammenzufassen. Die Verordnung (EG) Nr. 858/96 ist daher aufzuheben.

Die Verwaltungsausschüsse für frisches Obst und Gemüse und für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse haben nicht innerhalb der ihnen von ihren Vorsitzenden gesetzten Frist Stellung genommen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

(1) Die Zollsätze für die Waren der Anhänge dieser Verordnung werden jährlich im Rahmen von Gemeinschaftszollkontingenten während der Zeiträume herabgesetzt, die in den genannten Anhängen festgelegt sind.

(2) Innerhalb der Zollkontingente nach Absatz 1 sind folgende Zollsätze anwendbar:

- für die Waren der Anhänge I und II die in diesen Anhängen angegebenen Zollsätze;
- für die Waren des Anhangs III die in diesem Anhang angegebenen Wertzollsätze sowie gegebenenfalls die im Gemeinsamen Zolltarif der Europäischen Gemeinschaften vorgesehenen Zollsätze.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 146 vom 20. 6. 1996, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 118 vom 20. 5. 1972, S. 1.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 132 vom 16. 6. 1995, S. 8.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 49 vom 27. 2. 1986, S. 1.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 233 vom 30. 9. 1995, S. 69.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 334 vom 30. 12. 1995, S. 1.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 116 vom 11. 5. 1996, S. 1.

(3) Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Zollkontingente in Anhang II ist, daß zusätzlich zur Anmeldung zur Abfertigung zum zollrechtlich freien Verkehr ein Echtheitszeugnis vorgelegt wird, das von den in Anhang II b genannten zuständigen Behörden des Ursprungslands in Übereinstimmung mit einem der Muster in Anhang IIa ausgestellt wurde und das bestätigt, daß die darin aufgeführten Waren die in Anhang II genannten spezifischen Merkmale besitzen.

Für Orangensaftkonzentrate kann das Echtheitszeugnis jedoch durch eine allgemeine Bestätigung ersetzt werden, die der Kommission vor der Einfuhr vorgelegt werden muß und in der die zuständige Behörde des Ursprungslands bestätigt, daß die in diesem Land hergestellten Orangensaftkonzentrate keinen Saft von Blutorangen enthalten. Die Kommission unterrichtet die Mitgliedstaaten, damit diese die betroffenen Zolldienste entsprechend benachrichtigen können. Eine diesbezügliche Information wird auch im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften*, Reihe C, veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Die Zollkontingente nach Artikel 1 werden von der Kommission verwaltet. Diese kann geeignete Maßnahmen treffen, um eine wirksame Verwaltung zu gewährleisten.

(2) Legt ein Einführer in einem Mitgliedstaat eine Anmeldung zur Abfertigung zum zollrechtlich freien Verkehr vor, die einen Antrag auf Gewährung der Zollbegünstigung für in dieser Verordnung genannte Waren enthält, und nehmen die Zollbehörden diese Anmeldung an, so nimmt der betreffende Mitgliedstaat durch Mitteilung an die Kommission die Ziehung einer seinem Bedarf entsprechenden Menge auf die Kontingentsmenge vor.

Die Ziehungsanträge sind der Kommission mit Angabe des Datums, an dem die betreffenden Zollanmeldungen angenommen wurden, unverzüglich zu übermitteln.

Die Ziehungen werden von der Kommission nach derselben Reihenfolge gewährt, in der die Zollbehörden

der betreffenden Mitgliedstaaten die Anmeldung zur Abfertigung zum zollrechtlich freien Verkehr angenommen haben, soweit die verfügbare Restmenge ausreicht.

(3) Nutzt ein Mitgliedstaat die gezogenen Mengen nicht aus, so hat er den nicht genutzten Teil so bald wie möglich auf das betreffende Kontingent zurückzuübertragen.

(4) Übersteigen die beantragten Mengen den verfügbaren Rest der Kontingentsmenge, so wird dieser anteilig im Verhältnis der Anträge zugeteilt. Die Mitgliedstaaten werden über die erfolgten Ziehungen unterrichtet.

Artikel 3

Die Mitgliedstaaten und die Kommission arbeiten im Hinblick auf die Einhaltung dieser Verordnung eng zusammen.

Artikel 4

Jeder Mitgliedstaat garantiert den Einführern der betreffenden Waren gleichen und kontinuierlichen Zugang zu den Kontingenten, solange es der Rest der jeweiligen Kontingentsmenge ermöglicht.

Artikel 5

Die Verordnung (EG) Nr. 858/96 wird aufgehoben.

Artikel 6

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Sie gilt mit Wirkung vom 1. Januar 1996.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 23. September 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

ANHANG I

Laufende Nummer	KN-Code Taric-Unter- teilung	Warenbezeichnung (*)	Kontingents- zeitraum	Kontingents- menge (in t)	Zollsatz (in %)
09.0055	0701 90 51	Frühkartoffeln, frisch oder gekühlt	1. Januar bis 15. Mai	4 000	3
09.0056	0706 10 00	Karotten und Speisemöhren sowie Speiserüben, frisch oder gekühlt	1. Januar bis 31. Dezember	1 200	7
09.0057	0709 60 10	Gemüsepaprika oder Paprika ohne brennenden Geschmack	1. Januar bis 31. Dezember	500	1,5
09.0035	0712 20 00	Speisezwiebeln, getrocknet, auch in Stücke oder Scheiben geschnitten, als Pulver oder sonst zerkleinert, jedoch nicht weiter zubereitet	1. Juli bis 31. Dezember 1996 1. Januar bis 31. Dezember der folgenden Jahre	6 000 12 000	10 10
09.0041	0802 11 90 0802 12 90	Mandeln, auch ohne Schale, andere als bittere Mandeln	1. Januar bis 31. Dezember	90 000	2
09.0039	0805 30 20 *41 *43 *45 *47 *51 *53 *55 *57 *61 *63 *65 *67 0805 30 30 *12 *14 *16 *18 *22 *24 *26 *28 *32 *34 *36 *38	Zitronen (Citrus limon, Citrus limonum)	15. Januar bis 14. Juni	10 000	6
09.0058	0809 10 50 0809 10 10	Aprikosen/Marillen, frisch	1. August 1996 bis 31. Mai 1997 1. August bis 31. Mai der folgenden Jahre	500 500	10 10

(*) Die Bezeichnung der unter diesen Anhang fallenden Waren entspricht derjenigen in der Kombinierten Nomenklatur (ABl. Nr. L 319 vom 30. 12. 1995). Für Waren, die einen Taric-Code haben, wird die Bezeichnung der Kombinierten Nomenklatur durch die Warenbezeichnung in Spalte 3 ergänzt.

ANHANG II

Laufende Nummer	KN-Code Taric-Unter- teilung	Warenbezeichnung (!)	Kontingents- zeitraum	Kontingents- menge (in t)	Zollsatz (in %)
09.0025	0805 10 01	Süßorangen hoher Qualität, frisch	1. Februar bis 30. April	20 000	10
	*31				
	*41				
	*51				
	*61				
	*71				
	*81				
	0805 10 05				
	*31				
	*41				
	*51				
	*61				
*71					
*81					
0805 10 09					
*31					
*41					
*51					
*61					
*71					
*81					
0805 10 11					
*11					
*21					
*31					
*41					
*51					
*61					
0805 10 15					
*11					
*21					
*31					
*41					
*51					
*61					
0805 10 19					
*11					
*21					
*31					
*41					
*51					
*61					
09.0027	0805 20 19	Kreuzungen von Zitrusfrüchten, bekannt unter dem Namen „Minneolas“	1. Februar bis 30. April	15 000	2
	*13				
	*17				
	*23				
	*27				
	*33				
	*37				
	*43				
	*47				
	*53				
	*57				
	*63				
	*67				
	0805 20 29				
	*12				
*16					
*21					
*27					

Laufende Nummer	KN-Code Taric-Unter- teilung	Warenbezeichnung (1)	Kontingents- zeitraum	Kontingents- menge (in t)	Zollsatz (in %)
09.0033	2009 11 99 *10	Orangensaft, konzentriert, gefroren, ohne Zusatz von Zucker, mit einer Konzentration von bis zu 50 Grad Brix, in Verpackungen von 2 Litern oder weniger, keinen Saft von Blut-orangen enthaltend	1. Januar bis 31. Dezember	1 500	13

(1) Die Bezeichnung der unter diesen Anhang fallenden Waren entspricht derjenigen in der Kombinierten Nomenklatur (ABl. Nr. L 319 vom 30. 12. 1995). Für Waren, die einen Taric-Code haben, wird die Bezeichnung der Kombinierten Nomenklatur durch die Warenbezeichnung in Spalte 3 ergänzt.

Für die Anwendung dieser Verordnung gelten die folgenden Begriffsbestimmungen:

- a) Süßorangen hoher Qualität, die in ihren Merkmalen den Arten ähnlich sind, die reif, fest und von guter Form sind, mit zumindest guter Farbe, weicher Struktur, ohne Fäulnis, ohne rissige Haut, ohne harte oder trockene Haut, ohne Hautkrankheit, ohne Wachstumsrisse, ohne Quetschungen (außer durch übliche Behandlung bei der Aufbereitung), ohne durch Trockenheit oder Feuchtigkeit verursachte Schäden, ohne große oder hervorstechende Rauheiten, ohne Falten, Narben, Ölflecken, Schuppen, Sonneneinwirkungszeichen, Schmutz oder andere Fremdkörper, frei von Krankheiten, ohne Insekten oder Schäden, verursacht durch mechanische Einwirkungen oder andere Ursachen, unter der Bedingung, daß höchstens 15 v. H. der Früchte der jeweiligen Sendung dieser Beschreibung nicht entsprechen, wobei in diesem Prozentsatz höchstens 5 v. H. mit ernststen Schäden eingeschlossen sind und in diesem Prozentsatz von 5 v. H. höchstens 0,5 v. H. Fäulnis enthalten ist;
- b) Kreuzungen von Zitrusfrüchten, bekannt unter dem Namen „Minneolas“: die Kreuzungen von Zitrusfrüchten der Sorte „Minneola“ (Citrus paradisi Macf. CV Duncan und Citrus reticulata blanca, CV Dancy);
- c) Orangensaft, konzentriert, gefroren, mit einer Konzentration von bis zu 50 Grad Brix: Orangensäfte, deren Volumenmasse bei 20 °C 1,229 Gramm pro cm³ oder weniger beträgt.

ANEXO IIa — BILAG IIa — ANHANG IIa — ΠΑΡΑΡΤΗΜΑ IIα — ANNEX IIa — ANNEXE IIa — ALLEGATO IIa — BIJLAGE IIa — ANEXO IIa — LIITE IIa — BILAGA IIa

MODELOS DE CERTIFICADO

MODELLER TIL CERTIFIKAT

MUSTER DER BESCHEINIGUNGEN

ΥΠΟΔΕΙΓΜΑ ΠΙΣΤΟΠΟΙΗΤΙΚΟΥ

MODEL CERTIFICATES

MODÈLES DE CERTIFICAT

MODELLI DI CERTIFICATO

MODELLEN VAN CERTIFICAAT

MODELOS DE CERTIFICADO

TODISTUSMALLEJA

FÖRLAGOR TILL INTYG

1 Exporter (Name, full address, country)	2 Number	00000	
3 Consignee (Name, full address, country)	CERTIFICATE OF AUTHENTICITY FRESH SWEET ORANGES 'HIGH QUALITY'		
	4 Country of origin	5 Country of destination	
6 Place and date of shipment — Means of transport	7 Supplementary details		
8 Marks and numbers — Number and kind of packages — DETAILED DESCRIPTION OF GOODS	9 Gross weight (kg)	10 Net weight (kg)	
	11 CERTIFICATION BY THE COMPETENT AUTHORITY I hereby certify that the above sweet oranges consist of oranges of similar varietal characteristics which are mature, firm, well-formed, fairly well-coloured, of fairly smooth texture and are free from decay, broken skins which are not healed, hard or dry skins, exanthema, growth cracks, bruises (except those incident to proper handling and packing), and are free from damage caused by dryness or mushy condition, split, rough, wide or protruding navels, creasing, scars, oil spots, scale, sunburn, dirt or other foreign material, disease, insects or damage caused by mechanical or other means, provided that not more than 15% of the fruit in any lot fails to meet these specifications and, included in this amount, not more than 5% shall be allowed for defects causing serious damage, and, included in this latter amount, not more than 0,5% may be affected by decay.		
12 Competent authority (Name, full address, country)	At, on (Signature) (Seal)		

1 Exporter (Name, full address, country)	2 Number	00000	
3 Consignee (Name, full address, country)	CERTIFICATE OF AUTHENTICITY FRESH MINNEOLA		
	4 Country of origin	5 Country of destination	
6 Place and date of shipment — Means of transport	7 Supplementary details		
8 Marks and numbers — Number and kind of packages — DETAILED DESCRIPTION OF GOODS	9 Gross weight (kg)	10 Net weight (kg)	
	11 CERTIFICATION BY THE COMPETENT AUTHORITY I hereby certify that the citrus described in this certificate are fresh citrus hybrid of the variety Minneola (<i>Citrus paradisi</i> Macf. C.V. Duncan and <i>Citrus reticulata</i> blanco C.V. Dancy).		
12 Competent authority (Name, full address, country)	At, on (Signature) (Seal)		

1 Exporter (Name, full address, country)	2 Number	00000	
3 Consignee (Name, full address, country)	CERTIFICATE OF AUTHENTICITY CONCENTRATED ORANGE JUICE		
	4 Country of origin	5 Country of destination	
6 Place and date of shipment — Means of transport	7 Supplementary details		
8 Marks and numbers — Number and kind of packages — DETAILED DESCRIPTION OF GOODS	9 Gross weight (kg)	10 Net weight (kg)	
	11 CERTIFICATION BY THE COMPETENT AUTHORITY I hereby certify that the above frozen concentrated orange juice has a density of 1,229 g/cm ³ or less and does not contain blood orange juice.		
12 Competent authority (Name, full address, country)	At, on (Signature) (Seal)		

ANEXO IIb — BILAG IIb — ANHANG IIb — ΠΑΡΑΡΤΗΜΑ IIb — ANNEX IIb — ANNEXE IIb — ALLEGATO IIb —
 BIJLAGE IIb — ANEXO IIb — LIITE IIb — BILAGA IIb

País de origen Oprindelsesland Ursprungsland Χώρα καταγωγής Country of origin Pays d'origine Paesi di origine Land van oorsprong País de origem Alkuperämaa Ursprungsland	Autoridad competente Kompetent myndighed Zuständige Behörde Αρμόδια υπηρεσία Competent authority Autorité compétente Autorità competente Bevoegde autoriteit Autoridade competente Toimivaltainen viranomainen Behörig myndighet
1. Para los 3 contingentes — For de 3 kontingenter — Für die 3 Kontingente — Για τις 3 ποσοστώσεις — For the 3 quotas — Pour les 3 contingents — Per i 3 contingentii — Voor de 3 contingenten — Para os 3 contingentes — Kolmelle kiintiölle — För de 3 kvoterna	
Estados Unidos USA USA ΗΠΑ USA États-Unis d'Amérique Stati Uniti Verenigde Staten Estados Unidos da América Yhdysvallat Förenta staterna	United States Department of Agriculture
Cuba Cuba Kuba Κούβα Cuba Cuba Cuba Cuba Cuba Kuuba Cuba	Ministère de l'agriculture
Argentina Argentina Argentinien Αργεντινή Argentina Argentine Argentina Argentinie Argentina Argentiina Argentina	Dirección Nacional de Producción y Comercialización de la Secretaría de Agricultura, Ganadería y Pesca
Colombia Colombia Kolumbien Κολομβία Colombia Colombia Colombie Colombia Colômbia Kolumbia Colombia	Corporación Colombia Internacional

País de origen Oprindelsesland Ursprungsland Χώρα καταγωγής Country of origin Pays d'origine Paesi di origine Land van oorsprong País de origem Alkuperämaa Ursprungsland	Autoridad competente Kompetent myndighed Zuständige Behörde Αρμόδια υπηρεσία Competent authority Autorité compétente Autorità competente Bevoegde autoriteit Autoridade competente Toimivaltainen viranomainen Behörig myndighet
<p>2. <i>Únicamente para los híbridos de agrios conocidos por el nombre de „Minneolas“ — Udelukkende til krydsninger af citrusfrugter, benævnt „Minneolas“ — Nur für Kreuzungen von Zitrusfrüchten, bekannt unter dem Namen „Minneolas“ — Μόνο για τα υβρίδια εσπεριδοειδών γνωστά με την ονομασία „Minneolas“ — Only for citrus fruit known as „Minneolas“ — Uniquement pour les hybrides d'agrumes connus sous le nom de „Minneolas“ — Solo per ibridi d'agrumi conosciuti sotto il nome di „Minneolas“ — Uitsluitend voor kruisingen van citrusvruchten die bekend staan als „minneola's“ — Somente para os citrinos híbridos conhecidos pelo nome de „Minneolas“ — Ainoastaan Minneolas-sitrusbedelmille — Endast för citrusfrukter benämnda „Minneolas“</i></p>	
Israel Israel Israel Ισραήλ Israel Israël Israele Israël Israel Israel Israel	Ministry of Agriculture, Department of Plant Protection and Inspection
Chipre Cypern Zypern Κύπρος Cyprus Chypre Cipro Cyprus Chipre Kypros Cypern	Ministry of Commerce and Industry Produce Inspection Service

ANHANG III

Laufende Nummer	KN-Code	Warenbezeichnung ⁽¹⁾	Kontingentszeitraum	Kontingentsmenge (in t)	Zollsatz (in %)
09.0059	0707 00 35	Gurken, frisch oder gekühlt	1. November 1996 bis 15. Mai 1997	1 100	2,5
	0707 00 40			1. November bis 15. Mai der folgenden Jahre	1 100
	0707 00 10				
	0707 00 15				
	0707 00 20				
09.0060	0806 10 40	Tafeltrauben, frisch	21. Juli bis 31. Oktober	1 500	9
09.0061	0808 10 61	Äpfel, frisch	1. April bis 31. Juli	600	0
	0808 10 63				
	0808 10 69				
	0808 10 71				
	0808 10 73				
	0808 10 79				
09.0062	0808 20 57 0808 20 67	Birnen, frisch, andere als Mostbirnen	1. August bis 31. Dezember	1 000	5
09.0063	0809 10 20	Aprikosen, frisch	1. Juni bis 31. Juli	2 500	10
	0809 10 30				
	0809 10 40				
09.0040	0809 20 39 0809 20 49	Kirschen, außer Sauerkirschen/Weichseln	21. Mai bis 15. Juli	800	4

(¹) Die Bezeichnung der unter diesen Anhang fallenden Waren entspricht derjenigen in der Kombinierten Nomenklatur (ABl. Nr. L 319 vom 30. 12. 1995).

VERORDNUNG (EG) Nr. 1832/96 DER KOMMISSION
vom 23. September 1996
zur Festsetzung der Ausfuhrerstattungen für Obst und Gemüse

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 des Rates vom 18. Mai 1972 über die gemeinsame Marktorganisation für Obst und Gemüse⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1363/95 der Kommission⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 26 Absatz 11,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Mit Verordnung (EG) Nr. 1488/95 der Kommission⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2702/95⁽⁴⁾, sind Durchführungsvorschriften für Ausfuhrerstattungen für Obst und Gemüse festgelegt worden.

Um eine wirtschaftlich bedeutende Ausfuhr auf der Grundlage der Preise, die für diese Erzeugnisse im internationalen Handel gelten, zu ermöglichen, kann gemäß Artikel 26 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 der Unterschied zwischen diesen Preisen und den Preisen in der Gemeinschaft durch eine Erstattung bei der Ausfuhr ausgeglichen werden.

Gemäß Artikel 26 Absatz 4 der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 werden die Erstattungen unter Berücksichtigung der Lage und voraussichtlichen Entwicklung der Preise für Obst und Gemüse und der verfügbaren Mengen auf dem Markt der Gemeinschaft sowie der im internationalen Handel üblichen Preise festgesetzt. Ferner ist den in Absatz 4 Buchstabe b) aufgeführten Kosten sowie den wirtschaftlichen Aspekten der beabsichtigten Ausfuhren Rechnung zu tragen.

Gemäß Artikel 26 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 werden die Erstattungen unter Berücksichtigung der Beschränkungen aufgrund der gemäß Artikel 228 des Vertrages geschlossenen Abkommen festgesetzt.

Gemäß Artikel 26 Absatz 5 der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 werden die Preise in der Gemeinschaft unter Berücksichtigung der im Hinblick auf die Ausfuhr günstigsten tatsächlichen Preise ermittelt. Die Ermittlung der Preise im internationalen Handel erfolgt insbesondere unter Berücksichtigung der in Unterabsatz 2 des vorgenannten Absatzes aufgeführten Notierungen und Preise.

Aufgrund der Lage im internationalen Handel oder der besonderen Erfordernisse bestimmter Märkte kann es erforderlich sein, die Erstattung für ein bestimmtes Erzeugnis nach Bestimmungen zu differenzieren.

Die Möglichkeit wirtschaftlich bedeutender Ausfuhren besteht gegenwärtig bei Tomaten/Paradeisern⁽⁵⁾,

Zitronen, Orangen, Äpfeln, Pfirsichen und Nektarinen der Kategorien Extra, I und II der gemeinschaftlichen Qualitätsnormen, Tafeltrauben der Kategorien Extra und I, Mandeln ohne Schale, Haselnüssen sowie Walnüssen in der Schale.

Die repräsentativen Marktkurse gemäß Artikel 1 der Verordnung (EWG) Nr. 3813/92 des Rates⁽⁶⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 150/95⁽⁶⁾, dienen der Umrechnung des in Drittländwährung ausgedrückten Betrages und bilden die Grundlage für die Bestimmung des landwirtschaftlichen Umrechnungskurses der Währung der Mitgliedstaaten. Die Durchführungsvorschriften für die Bestimmung und Anwendung dieser Umrechnungskurse sind niedergelegt in der Verordnung (EWG) Nr. 1068/93 der Kommission⁽⁷⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1482/96⁽⁸⁾.

Zwecks Anpassung der vorgenannten Vorschriften an die jetzige Marktlage bzw. an ihre voraussichtliche Entwicklung, insbesondere an die Notierungen und Preise für Obst und Gemüse in der Gemeinschaft und im internationalen Handel, empfiehlt es sich, die Erstattungen entsprechend den Anhängen dieser Verordnung festzusetzen.

Gemäß Artikel 26 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1035/72 muß die bestmögliche Nutzung der verfügbaren Mittel ermöglicht werden, ohne zu einer Diskriminierung zwischen den interessierten Wirtschaftsteilnehmern zu führen. In diesem Zusammenhang ist dafür zu sorgen, daß die bereits durch die Erstattungsregelung geschaffenen Handelsströme nicht gestört werden. Aufgrund des saisonalen Charakters der Obst- und Gemüseausfuhren sind Kontingente für die einzelnen Erzeugnisse festzusetzen.

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Obst und Gemüse —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

(1) Die Sätze der Ausfuhrerstattungen und die für eine Erstattung im Sektor Obst und Gemüse in Betracht kommenden Mengen sind für die Lizenzen mit Voraussetzung der Erstattung in Anhang I dieser Verordnung festgesetzt.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 118 vom 20. 5. 1972, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 132 vom 16. 6. 1995, S. 8.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 145 vom 29. 6. 1995, S. 68.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 280 vom 23. 11. 1995, S. 30.

⁽⁵⁾ Österreichischer Ausdruck gemäß Protokoll Nr. 10 zur Beitrittsakte.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 387 vom 31. 12. 1992, S. 1.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 22 vom 31. 1. 1995, S. 1.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 108 vom 1. 5. 1993, S. 106.

⁽⁸⁾ ABl. Nr. L 188 vom 27. 7. 1996, S. 22.

Für die Ausfuhren ohne Erstattungsvoraussetzung sind die indikativen Preise und die indikativen Mengen in Anhang II dieser Verordnung festgesetzt.

(2) Die im Rahmen der Nahrungsmittelhilfe erteilten Lizenzen gemäß Artikel 14a der Verordnung (EWG) Nr. 3719/88 der Kommission über Durchführungsvorschriften für Ein- und Ausfuhrlicenzen sowie Vorausfest-

setzungsbescheinigungen für landwirtschaftliche Erzeugnisse⁽¹⁾ werden nicht auf die in Absatz 1 genannten erstattungsfähigen Mengen angerechnet.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 24. September 1996 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 23. September 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 331 vom 2. 12. 1988, S. 1.

ANHANG I

SÄTZE UND MENGEN FÜR DIE AUSSTELLUNG DER LIZENZEN MIT VORAUSFESTSETZUNG DER ERSTATTUNG

Erzeugnis	Erzeugnis- code (1)	Bestimmung oder Bestimmungs- gruppe (2)	Zeitraum 2: Antragstellung vom 24. 9. 1996 bis 15. 11. 1996	
			Erstattungssatz (in ECU/t netto)	Veranschlagte Mengen (in t)
Tomaten/Paradeiser	0702 00 15 100 0702 00 20 100 0702 00 25 100 0702 00 30 100 0702 00 35 100 0702 00 40 100 0702 00 45 100 0702 00 50 100	F	36,2	3 198
Mandeln ohne Schale	0802 12 90 000	F	77,9	286
Haselnüsse in der Schale	0802 21 00 000	F	91,0	137
Haselnüsse ohne Schale	0802 22 00 000	F	175,6	1 160
Walnüsse in der Schale	0802 31 00 000	F	112,9	138
Orangen	0805 10 01 200 0805 10 05 200 0805 10 09 200 0805 10 11 200 0805 10 15 200 0805 10 19 200 0805 10 21 200 0805 10 25 200 0805 10 29 200 0805 10 31 200 0805 10 33 200 0805 10 35 200 0805 10 37 200 0805 10 38 200 0805 10 39 200 0805 10 42 200 0805 10 44 200 0805 10 46 200 0805 10 51 200 0805 10 55 200 0805 10 59 200 0805 10 61 200 0805 10 65 200 0805 10 69 200	A C	88,6	30 932
Zitronen	0805 30 20 100 0805 30 30 100 0805 30 40 100	F	108,7	5 079
Tafeltrauben	0806 10 21 200 0806 10 29 200 0806 10 30 200 0806 10 40 200 0806 10 50 200 0806 10 61 200 0806 10 69 200	F	39,0	13 585

Erzeugnis	Erzeugnis- code ⁽¹⁾	Bestimmung oder Bestimmungs- gruppe ⁽²⁾	Zeitraum 2: Antragstellung vom 24. 9. 1996 bis 15. 11. 1996	
			Erstattungssatz (in ECU/t netto)	Veranschlagte Mengen (in t)
Äpfel	0808 10 51 910 0808 10 53 910 0808 10 59 910 0808 10 61 910 0808 10 63 910 0808 10 69 910 0808 10 71 910 0808 10 73 910 0808 10 79 910 0808 10 92 910 0808 10 94 910 0808 10 98 910	A B D	64,4	9 477
Pfirsiche und Nektarinen	0809 30 11 100 0809 30 19 100 0809 30 21 100 0809 30 29 100 0809 30 31 100 0809 30 39 100 0809 30 41 100 0809 30 49 100 0809 30 51 100 0809 30 59 100	E	40,2	1 305

(¹) Die vollständigen Definitionen der Erzeugnisse sind unter dem Sektor „Obst und Gemüse“ der Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 der Kommission (ABl. Nr. L 366 vom 24. 12. 1987, S. 1) enthalten.

(²) Die Bestimmungscodes bedeuten:

A: Norwegen, Island, Grönland, Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Estland, Lettland, Litauen, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Kasachstan, Kirgistan, Moldau, Rußland, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan, Ukraine, Bosnien Herzegowina, Kroatien, Slowenien, ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien und Malta.

B: Färöer, Länder und Hoheitsgebiete Afrikas mit Ausnahme von Südafrika, die Staaten der Arabischen Halbinsel [Saudi Arabien, Bahrain, Katar, Oman, Vereinigte Arabische Emirate (Abu Dhabi, Dubai, Schardscha, Adschman, Umm al Kaiwan, Ras al Chima und Fudschaira), Kuwait und Jemen], Syrien, Iran, Jordanien, Bolivien, Brasilien, Venezuela, Peru, Panama, Ecuador und Kolumbien.

C: Schweiz, Tschechische Republik und Slowakei.

D: Hongkong, Singapur, Malaysia, Indonesien, Thailand, Taiwan, Papua-Neuguinea, Laos, Kambodscha, Vietnam, Uruguay, Paraguay, Argentinien, Mexiko und Costa Rica.

E: Alle Bestimmungen mit Ausnahme der Schweiz.

F: Alle Bestimmungen.

ANHANG II

SÄTZE UND MENGEN FÜR DIE AUSSTELLUNG DER LIZENZEN OHNE VORAUSFESTSETZUNG DER ERSTATTUNG

Erzeugnis	Erzeugnis- code (1)	Bestimmung oder Bestimmungs- gruppe (2)	Indikativer Erstattungssatz (in ECU/t netto)	Zeitraum 2: Anträge vom 1. 10. 1996 bis 24. 11. 1996
				Indikative Mengen (in t)
Tomaten/Paradeiser	0702 00 15 100 0702 00 20 100 0702 00 25 100 0702 00 30 100 0702 00 35 100 0702 00 40 100 0702 00 45 100 0702 00 50 100	F	36,2	3 198
Mandeln ohne Schale	0802 12 90 000	F	77,9	286
Haselnüsse in der Schale	0802 21 00 000	F	91,0	137
Haselnüsse ohne Schale	0802 22 00 000	F	175,6	1 160
Walnüsse in der Schale	0802 31 00 000	F	112,9	138
Orangen	0805 10 01 200 0805 10 05 200 0805 10 09 200 0805 10 11 200 0805 10 15 200 0805 10 19 200 0805 10 21 200 0805 10 25 200 0805 10 29 200 0805 10 31 200 0805 10 33 200 0805 10 35 200 0805 10 37 200 0805 10 38 200 0805 10 39 200 0805 10 42 200 0805 10 44 200 0805 10 46 200 0805 10 51 200 0805 10 55 200 0805 10 59 200 0805 10 61 200 0805 10 65 200 0805 10 69 200	A C	88,6	30 932
Zitronen	0805 30 20 100 0805 30 30 100 0805 30 40 100	F	108,7	5 079
Tafeltrauben	0806 10 21 200 0806 10 29 200 0806 10 30 200 0806 10 40 200 0806 10 50 200 0806 10 61 200 0806 10 69 200	F	39,0	13 585

Erzeugnis	Erzeugnis- code (1)	Bestimmung oder Bestimmungs- gruppe (2)	Indikativer Erstattungssatz (in ECU/t netto)	Zeitraum 2: Anträge vom 1. 10. 1996 bis 24. 11. 1996
				Indikative Mengen (in t)
Äpfel	0808 10 51 910	A B D	64,4	9 477
	0808 10 53 910			
	0808 10 59 910			
	0808 10 61 910			
	0808 10 63 910			
	0808 10 69 910			
	0808 10 71 910			
	0808 10 73 910			
	0808 10 79 910			
	0808 10 92 910			
	0808 10 94 910			
	0808 10 98 910			
Pflirsiche und Nektarinen	0809 30 11 100	E	40,2	1 305
	0809 30 19 100			
	0809 30 21 100			
	0809 30 29 100			
	0809 30 31 100			
	0809 30 39 100			
	0809 30 41 100			
	0809 30 49 100			
	0809 30 51 100			
	0809 30 59 100			

(1) Die vollständigen Definitionen der Erzeugnisse sind unter dem Sektor „Obst und Gemüse“ der Verordnung (EWG) Nr. 3846/87 der Kommission (ABl. Nr. L 366 vom 24. 12. 1987, S. 1) enthalten.

(2) Die Bestimmungscodes bedeuten:

A: Norwegen, Island, Grönland, Polen, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien, Estland, Lettland, Litauen, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Kasachstan, Kirgistan, Moldau, Rußland, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan, Ukraine, Bosnien Herzegowina, Kroatien, Slowenien, ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien und Malta.

B: Färöer, Länder und Hoheitsgebiete Afrikas mit Ausnahme von Südafrika, die Staaten der Arabischen Halbinsel [Saudi Arabien, Bahrain, Katar, Oman, Vereinigte Arabische Emirate (Abu Dhabi, Dubai, Schardscha, Adschman, Umm al Kaiwan, Ras al Chima und Fudschaira), Kuwait und Jemen], Syrien, Iran, Jordanien, Bolivien, Brasilien, Venezuela, Peru, Panama, Ecuador und Kolumbien.

C: Schweiz, Tschechische Republik und Slowakei.

D: Hongkong, Singapur, Malaysia, Indonesien, Thailand, Taiwan, Papua-Neuguinea, Laos, Kambodscha, Vietnam, Uruguay, Paraguay, Argentinien, Mexiko und Costa Rica.

E: Alle Bestimmungen mit Ausnahme der Schweiz.

F: Alle Bestimmungen.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1833/96 DER KOMMISSION

vom 23. September 1996

zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1318/96 zur Abweichung von der Verordnung (EWG) Nr. 2456/93 hinsichtlich der öffentlichen Interventionen

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 805/68 des Rates
vom 27. Juni 1968 über die gemeinsame Marktorganisa-
tion für Rindfleisch ⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verord-
nung (EG) Nr. 1588/96 ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 6
Absatz 7,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die zur Festsetzung des Höchstkaufpreises vorzunehmende Erhöhung des durchschnittlichen Marktpreises ist vorgesehen durch Artikel 14 Absatz 1 erster Satz der Verordnung (EWG) Nr. 2456/93 der Kommission vom 1. September 1993 mit Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EWG) Nr. 805/68 des Rates hinsichtlich der öffentlichen Intervention ⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 307/96 ⁽⁴⁾. Angesichts der schwierigen Lage, in der sich der Rindfleischsektor derzeit befindet, sollte diese Erhöhung so angepaßt werden, daß insbesondere den gestiegenen Kosten und verringerten Einnahmen Rechnung getragen wird. Zu diesem Zweck ist sie mit Wirkung ab der zweiten Ausschreibung im September 1996 um 3 ECU aufzustocken.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 23. September 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Rindfleisch —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

In die Verordnung (EG) Nr. 1318/96 der Kommission ⁽⁵⁾ wird der nachstehende Artikel 1a eingefügt:

„Artikel 1a

Abweichend von Artikel 14 Absatz 1 erster Satz der Verordnung (EWG) Nr. 2456/93 beläuft sich die Erhöhung des durchschnittlichen Marktpreises auf 13 ECU/100 kg Schlachtkörpergewicht.“

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Sie gilt ab der zweiten Ausschreibung im September 1996.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 148 vom 28. 6. 1968, S. 24.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 206 vom 16. 8. 1996, S. 23.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 225 vom 4. 9. 1993, S. 4.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 43 vom 21. 2. 1996, S. 3.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 170 vom 9. 7. 1996, S. 26.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1834/96 DER KOMMISSION**vom 23. September 1996****betreffend die Erteilung von Lizenzen zur Einfuhr von Bananen im Rahmen des
Zollkontingents für das vierte Quartal 1996 und die Einreichung neuer Anträge****(Text von Bedeutung für den EWR)**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 404/93 des Rates
vom 13. Februar 1993 über die gemeinsame Marktorgani-
sation für Bananen⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verord-
nung (EG) Nr. 3290/94⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 20,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Mit der Verordnung (EWG) Nr. 1442/93 der Kom-
mission⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr.
1409/96⁽⁴⁾, wurde die Einfuhr von Bananen in die
Gemeinschaft geregelt. Mit der Verordnung (EG) Nr.
478/95 der Kommission⁽⁵⁾, geändert durch die Verord-
nung (EG) Nr. 702/95⁽⁶⁾, wurden zusätzliche Bestim-
mungen zur Anwendung der Zollkontingentregelung
gemäß den Artikel 18 und 19 der Verordnung (EWG) Nr.
404/93 erlassen.

Nach Artikel 9 Absatz 3 der Verordnung (EWG) Nr.
1442/93 gilt folgendes: Liegen die Mengen, für die
Anträge auf Einfuhrlicenzen für die eine und/oder andere
Gruppe von Marktbeteiligten gestellt werden, für ein in
Anhang I der Verordnung (EG) Nr. 478/95 genanntes
Ursprungsland bzw. eine dort genannte Gruppe von
Ursprungsländern über der verfügbaren Menge, so wird
ein Prozentsatz festgesetzt, um den die Mengen in den
Anträgen gekürzt werden.

Mit der Verordnung (EG) Nr. 1563/96 der Kommission⁽⁷⁾
wurden die für das vierte Quartal 1996 im Rahmen des
Zollkontingents zur Einfuhr verfügbaren Mengen festge-
setzt.

Für die Mengen, für welche Einfuhrlicenzen beantragt
wurden und die entweder niedriger sind als die verfü-
gbaren Mengen oder diesen entsprechen, werden die
Licenzen erteilt. Da andererseits bei mehreren
Ursprüngen die im Anhang der Verordnung (EG) Nr.
1563/96 festgesetzten verfügbaren Mengen von den
Antragsmengen weit übertroffen werden, ist der Prozent-
satz zu bestimmen, um den die Anträge im Rahmen der
betreffenden Lizenzkategorie bei dem jeweiligen
Ursprung oder den jeweiligen Ursprüngen zu kürzen sind.

Die Höchstmenge, für welche diese Licenzen noch bean-
tragt werden dürfen, ist unter Berücksichtigung der

verfügbaren Mengen gemäß der Verordnung (EG) Nr.
1563/96 und der Anträge zu bestimmen, die nach Ablauf
der vom 1. bis 7. September 1996 reichenden Antragsfrist
angenommen werden. Es sollte besonders darauf hinge-
wiesen werden, daß die Verordnung (EG) Nr. 478/95 mit
ergänzenden Durchführungsbestimmungen zu der
Verordnung (EWG) Nr. 404/93 betreffend die Zollkontin-
gentregelung für die Einfuhr von Bananen in die
Gemeinschaft und zur Änderung der Verordnung (EWG)
Nr. 1442/93 anzuwenden ist.

In Anwendung des mit mehreren Erzeugerthirdländern im
Rahmen der multilateralen Handelsverhandlungen im
Rahmen der multilateralen Handelsverhandlungen der
Uruguay-Runde geschlossenen Rahmenabkommens sind
diese Länder ermächtigt, für höchstens 70 % der ihnen
zugeordneten Quoten die Ausfuhrlicenzen zu erteilen, die in
der Gemeinschaft zum Erhalt von Einfuhrlicenzen der
Kategorien A und C vorzulegen sind.

Für den Fall, daß die im Anhang dieser Verordnung fest-
gesetzten Mengen im vierten Quartal 1996 nach Maßgabe
der von den Marktbeteiligten der Kategorien A und C
beantragten Licenzen nicht voll in Anspruch genommen
werden, liegt es im gemeinsamen Interesse, daß die
Erzeugerländer ihre Quoten bestmöglich ausschöpfen und
die Gemeinschaft sowie die Marktbeteiligten den nach
der Versorgungsbilanz bestehenden Bedarf decken. Zu
diesem Zweck sollten die bis zum Ende des für die
Lizenzbeantragung vorgesehenen zweiten Zeitraums ge-
gebenenfalls noch verfügbaren Mengen der Marktbeteiligten
der Kategorie B zugeteilt werden, die ihre Anträge fristge-
recht stellen. Für diese Maßnahmen sind die zusätzlich
erforderlichen Durchführungsbestimmungen zu erlassen.

Die vorliegende Verordnung müßte unverzüglich in Kraft
treten, damit die Licenzen schnellstmöglich erteilt werden
können.

Der Verwaltungsausschuß für Bananen hat sich innerhalb
der ihm von seinem Vorsitzenden gesetzten Frist Stellung
genommen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Im Rahmen der Zollkontingentregelung für die Einfuhr
von Bananen werden für das vierte Quartal 1996 Einfuhr-
licenzen erteilt für die in den Lizenzanträgen vermerkten,

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 47 vom 25. 2. 1993, S. 1.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 349 vom 31. 12. 1994, S. 105.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 142 vom 12. 6. 1993, S. 6.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 181 vom 20. 7. 1996, S. 13.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 49 vom 4. 3. 1995, S. 13.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 71 vom 31. 3. 1995, S. 84.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. L 193 vom 3. 8. 1996, S. 18.

mit den Verringerungskoeffizienten 0,4645 bzw. 0,4611 bzw. 0,5683 multiplizierten Mengen der Ursprünge „Dominikanische Republik“, „Costa Rica: Kategorie B“ bzw. „andere“.

Artikel 2

Die Mengen, für welche für das vierte Quartal 1996 noch Lizenzanträge eingereicht werden dürfen, sind im Anhang festgesetzt.

Artikel 3

Für die im Anhang für Costa Rica und Kolumbien festgesetzten Bananenmengen der Kategorien A und C, die nach Einreichung der für den zweiten Zeitraum gemäß Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 478/95 gestellten Anträge gegebenenfalls noch verfügbar sind, werden

Einfuhrlizenzen den Marktbeteiligten der Kategorie B gemäß Artikel 18 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 404/93 erteilt, die innerhalb von zehn Arbeitstagen nach der Veröffentlichung dieser Verordnung Lizenzen für die Einfuhr von Bananen des erstgenannten und/oder zweiten Ursprungs beantragen. Diese Lizenzanträge enthalten die Angabe: „Lizenzantrag Kategorie B — Verordnung (EWG) Nr. 1442/93“.

Die Kommission bestimmt unverzüglich die Mengen des jeweiligen Ursprungs oder der jeweiligen Ursprünge, für die Lizenzen erteilt werden. Die Lizenzen werden von den zuständigen Behörden sofort erteilt. Ihre Gültigkeitsdauer ist bestimmt durch Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1442/93.

Artikel 4

Diese Verordnung tritt am Tag ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 23. September 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

ANHANG

(in Tonnen)

	Verfügbare Mengen für neue Anträge
KOLUMBIEN	
— Kategorie A und C	113 768,855
— Kategorie B	11 838,937
COSTA RICA	
— Kategorie A und C	91 604,694
NICARAGUA	12 353,163
VENEZUELA	18 490,179
BELIZE	8 950,000
KAMERUN	1 425,605
CÔTE D'IVOIRE	145,000
Andere AKP	2 970,275

VERORDNUNG (EG) Nr. 1835/96 DER KOMMISSION

vom 23. September 1996

zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3223/94 der Kommission vom 21. Dezember 1994 mit Durchführungsbestimmungen zu der Regelung der Einfuhr von Obst und Gemüse⁽¹⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2933/95⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 4 Absatz 1,

gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 3813/92 des Rates vom 28. Dezember 1992 über die Rechnungseinheit und die im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik anzuwendenden Umrechnungskurse⁽³⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 150/95⁽⁴⁾, insbesondere auf Artikel 3 Absatz 3,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Die in Anwendung der Ergebnisse der multilateralen Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde von der

Kommission festzulegenden, zur Bestimmung der pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigenden Kriterien sind in der Verordnung (EG) Nr. 3223/94 für die in ihrem Anhang angeführten Erzeugnisse und Zeiträume festgelegt.

In Anwendung der genannten Kriterien sind die im Anhang zur vorliegenden Verordnung ausgewiesenen pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die in Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 3223/94 genannten pauschalen Einfuhrwerte sind in der Tabelle im Anhang zur vorliegenden Verordnung festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 24. September 1996 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 23. September 1996

Für die Kommission

Franz FISCHLER

Mitglied der Kommission

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 337 vom 24. 12. 1994, S. 66.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 307 vom 20. 12. 1995, S. 21.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 387 vom 31. 12. 1992, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 22 vom 31. 1. 1995, S. 1.

ANHANG

zu der Verordnung der Kommission vom 23. September 1996 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise

(ECU/100 kg)			(ECU/100 kg)		
KN-Code	Drittland-Code (1)	Pauschaler Einfuhrpreis	KN-Code	Drittland-Code (1)	Pauschaler Einfuhrpreis
0702 00 35	052	89,6	0808 10 92, 0808 10 94, 0808 10 98	624	67,7
	060	80,2		999	113,2
	064	70,8		039	121,0
	066	54,0		052	71,5
	068	80,3		064	54,2
	204	86,8		070	90,2
	208	44,0		284	72,1
	212	97,5		388	53,5
	400	170,4		400	54,4
	624	95,8		404	63,6
	999	86,9		416	72,7
ex 0707 00 25	052	82,8	508	113,5	
	053	156,2	512	126,1	
	060	61,0	524	100,3	
	066	53,8	528	53,0	
	068	69,1	624	86,5	
	204	144,3	728	107,3	
	624	87,1	800	141,3	
	999	93,5	804	40,6	
0709 90 79	052	54,3	0808 20 57	999	83,6
	204	77,5		039	104,1
	412	54,2		052	72,5
	508	42,9		064	78,4
	624	151,9		388	57,2
	999	76,2		400	70,4
0805 30 30	052	134,6	0809 30 41, 0809 30 49	512	88,7
	204	88,8		528	132,9
	220	74,0		624	79,0
	388	69,7		728	115,4
	400	68,2		800	84,0
	512	80,0		804	73,0
	520	66,5		999	86,9
	524	73,9		052	93,8
	528	68,8		220	121,8
	600	96,5		624	106,8
	624	48,9		999	107,5
0806 10 40	052	75,5	0809 40 30	052	66,3
	064	49,5		064	50,9
	066	49,4		066	72,1
	220	110,8		068	37,1
	400	139,3		400	80,5
	412	58,5		624	49,5
	508	307,2		676	68,6
	512	186,0		999	60,7
	600	88,5			

(1) Nomenklatur der Länder gemäß der Verordnung (EG) Nr. 68/96 der Kommission (ABl. Nr. L 14 vom 19. 1. 1996, S. 6). Der Code „999“ steht für „Verschiedenes“.

VERORDNUNG (EG) Nr. 1836/96 DER KOMMISSION

vom 23. September 1996

zur Bestimmung des Weltmarktpreises für nicht entkörnte Baumwolle und des Beihilfeschusses

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN
GEMEINSCHAFTEN —gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen
Gemeinschaft,gestützt auf die Akte über den Beitritt Griechenlands,
insbesondere auf die Artikel 3 und 10 des Protokolls Nr.
4 über Baumwolle, zuletzt geändert durch die Verordnung
(EG) Nr. 1553/95 des Rates⁽¹⁾,gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1554/95 des Rates
vom 29. Juni 1995 zur Festlegung der allgemeinen
Vorschriften der Beihilferegelung für Baumwolle und zur
Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2169/81⁽²⁾, geän-
dert durch die Verordnung (EG) Nr. 1584/96⁽³⁾, insbeson-
dere auf die Artikel 3, 4 und 5,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Nach Artikel 3 der Verordnung (EG) Nr. 1554/95 wird der Weltmarktpreis für nicht entkörnte Baumwolle unter Zugrundelegung des für entkörnte Baumwolle festgestellten Weltmarktpreises und unter Berücksichtigung des bisherigen Verhältnisses zwischen dem für diese und für nicht entkörnte Baumwolle berechneten Weltmarktpreises bestimmt. Die Bestimmung des bisherigen Preisverhältnisses wurde geregelt durch Artikel 1 Absatz 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1201/89 der Kommission vom 3. Mai 1989 zur Durchführung der Beihilferegelung für Baumwolle⁽⁴⁾, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1645/96⁽⁵⁾. Ist der Weltmarktpreis so nicht feststellbar, wird er anhand des zuletzt ermittelten Preises bestimmt.

Der Weltmarktpreis für entkörnte Baumwolle wird gemäß Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1554/95 unter Berücksichtigung der Angebote auf diesem Markt und der für den tatsächlichen Markttrend repräsentativen Notierungen für ein Erzeugnis mit bestimmten Merkmalen ermittelt. Zur Bestimmung dieses Preises ist der Durchschnitt der an einem oder mehreren europäischen Börsenplätzen festgestellten Angebote und Notierungen

für ein in einem nordeuropäischen Hafen cif geliefertes Erzeugnis aus den Lieferländern zu berechnen, die für den internationalen Handel repräsentativ sind. Die einschlägigen Kriterien dürfen jedoch berichtigt werden, wenn dies wegen Abweichungen bezüglich der Qualität des gelieferten Erzeugnisses oder der Art der Angebote und Notierungen gerechtfertigt ist. Diese Berichtigungen sind durch Artikel 2 der Verordnung (EWG) Nr. 1201/89 geregelt.

Der Weltmarktpreis für nicht entkörnte Baumwolle ist in Anwendung der genannten Kriterien wie nachstehend angegeben festzusetzen.

Nach Artikel 5 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1554/95 entspricht der Beihilfeschuß dem Zielpreis, vermindert um den Weltmarktpreis und einen Betrag, der wie im Fall einer Überschreitung der garantierten Höchstmenge, aber unter Zugrundelegung der geschätzten und um 15 % erhöhten Erzeugung von nicht entkörnter Baumwolle zu berechnen ist. Für das Wirtschaftsjahr 1996/97 wurde die geschätzte Erzeugung durch die Verordnung (EG) Nr. 1683/96 der Kommission⁽⁶⁾ festgesetzt. Der je Mitgliedstaat in Anwendung dieses Verfahrens vorzusehende Vorschuß wird wie nachstehend angegeben festgesetzt —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

(1) Der in Artikel 3 der Verordnung (EG) Nr. 1554/95 genannte Weltmarktpreis für nicht entkörnte Baumwolle wird auf 31,911 ECU/100 kg festgesetzt.

(2) Der in Artikel 5 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1554/95 genannte Beihilfeschuß beläuft sich auf:

- 62,696 ECU/100 kg in Spanien,
- 32,188 ECU/100 kg in Griechenland,
- 74,389 ECU/100 kg in den übrigen Mitgliedstaaten.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 24. September 1996 in Kraft.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 148 vom 30. 6. 1995, S. 45.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 148 vom 30. 6. 1995, S. 48.

⁽³⁾ ABl. Nr. L 206 vom 16. 8. 1996, S. 16.

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 123 vom 4. 5. 1989, S. 23.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 207 vom 17. 8. 1996, S. 3.

⁽⁶⁾ ABl. Nr. L 217 vom 28. 8. 1996, S. 1.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 23. September 1996

Für die Kommission
Franz FISCHLER
Mitglied der Kommission

RICHTLINIE 96/59/EG DES RATES

vom 16. September 1996

über die Beseitigung polychlorierter Biphenyle und polychlorierter Terphenyle (PCB/PCT)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 130s Absatz 1,

auf Vorschlag der Kommission⁽¹⁾,

nach Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses⁽²⁾,

gemäß dem Verfahren des Artikels 189c des Vertrags⁽³⁾,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Mit der Richtlinie 76/403/EWG des Rates vom 6. April 1976 über die Beseitigung der polychlorierten Biphenyle und polychlorierten Terphenyle⁽⁴⁾ wurde eine Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten auf diesem Gebiet vorgenommen. Diese Regelung hat sich jedoch als ungenügend erwiesen. Der gegenwärtige Stand der Technik ermöglicht es, die Methoden der PCB-Beseitigung zu verbessern. Die genannte Richtlinie ist daher durch eine neue Richtlinie zu ersetzen.
- (2) In der Richtlinie 76/769/EWG des Rates vom 27. Juli 1976 zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Beschränkung des Inverkehrbringens und der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe und Zubereitungen⁽⁵⁾ wird auf die Notwendigkeit einer regelmäßigen Überprüfung des gesamten Problems hingewiesen, um schrittweise zu einem vollständigen Verbot der PCB/PCT zu gelangen.
- (3) Die sichere Beseitigung der nicht wiederverwertbaren und nicht wiederverwendbaren Abfälle ist eines der Ziele der Entschließung des Rates vom 7. Mai 1990 über die Abfallpolitik⁽⁶⁾; dies wurde im fünften Aktionsprogramm für Umweltpolitik und Maßnahmen im Hinblick auf eine dauerhafte und umweltgerechte Entwicklung bekräftigt, dessen allgemeine Ausrichtung und Strategie der Rat und die im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der

Mitgliedstaaten in ihrer Entschließung vom 1. Februar 1993⁽⁷⁾ gutgeheißen haben.

- (4) Nach der Richtlinie 75/442/EWG des Rates vom 15. Juli 1975 über Abfälle⁽⁸⁾ müssen geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um die Aufgabe, Ablagerung oder Ableitung und unkontrollierte Beseitigung von Abfällen sowie die Verwendung umweltgefährdender Prozesse und Verfahren zu verhindern.
- (5) Im Hinblick auf die Beseitigung der PCB sind aufgrund der damit für die Umwelt und für die menschliche Gesundheit verbundenen Risiken allgemeine Vorschriften für die kontrollierte PCB-Beseitigung sowie für die Dekontaminierung oder Beseitigung der entsprechenden Geräte erforderlich.
- (6) Diese Maßnahmen sind so bald wie möglich zu ergreifen, wobei die auf internationaler Ebene eingegangenen Verpflichtungen der Mitgliedstaaten und im besonderen die Verpflichtungen aus dem Beschluß PARCOM 92/3⁽⁹⁾ unberührt bleiben. PCB, die einer Bestandsaufnahme unterliegen, müssen spätestens Ende 2010 beseitigt werden.
- (7) Die Beseitigung der PCB stellt ein vorübergehendes, zeitlich begrenztes Problem dar. Verschiedene Mitgliedstaaten, die keine PCB-Beseitigungskapazität besitzen, befinden sich in einer Situation höherer Gewalt. Der Grundsatz der räumlichen Nähe muß daher flexibel ausgelegt werden, damit die europäische Solidarität in diesem Bereich zum Tragen kommen kann. Darüber hinaus müssen in der Gemeinschaft Anlagen zur Beseitigung, Dekontaminierung und Lagerung von PCB eingerichtet werden.
- (8) Die Richtlinie 75/439/EWG des Rates vom 16. Juni 1975 betreffend die Beseitigung von Altöl⁽¹⁰⁾ legt den oberen Grenzwert für den Gehalt an PCB/PCT in aufbereiteten oder als Brennstoff benutzten Altölen auf 50 ppm fest.
- (9) Da durch die Richtlinie 91/339/EWG des Rates vom 18. Juni 1991 zur elften Änderung der Richtlinie 76/769/EWG⁽¹¹⁾ das Inverkehrbringen bestimmter PCB-Ersatzstoffe untersagt bzw. eingeschränkt wird, müssen auch diese Stoffe vollständig beseitigt werden.

⁽¹⁾ ABl. Nr. C 319 vom 12. 12. 1988, S. 57.

ABl. Nr. C 299 vom 20. 11. 1991, S. 9.

⁽²⁾ ABl. Nr. C 139 vom 5. 6. 1989, S. 1.

⁽³⁾ Stellungnahmen des Europäischen Parlaments vom 17. Mai 1990 (ABl. Nr. C 149 vom 18. 6. 1990, S. 150) und 12. Dezember 1990 (ABl. Nr. C 19 vom 28. 1. 1991, S. 83). Gemeinsamer Standpunkt des Rates vom 27. November 1995 (ABl. Nr. C 87 vom 25. 3. 1996, S. 1) und Beschluß des Europäischen Parlaments vom 22. Mai 1996 (ABl. Nr. C 166 vom 10. 6. 1996, S. 76).

⁽⁴⁾ ABl. Nr. L 108 vom 26. 4. 1976, S. 41.

⁽⁵⁾ ABl. Nr. L 262 vom 27. 9. 1976, S. 201. Richtlinie zuletzt geändert durch die Richtlinie 94/60/EG (ABl. Nr. L 365 vom 31. 12. 1994, S. 1).

⁽⁶⁾ ABl. Nr. C 122 vom 18. 5. 1990, S. 2.

⁽⁷⁾ ABl. Nr. C 138 vom 17. 5. 1993, S. 1.

⁽⁸⁾ ABl. Nr. L 194 vom 25. 7. 1975, S. 39. Richtlinie zuletzt geändert durch die Entscheidung 94/3/EG der Kommission (ABl. Nr. L 5 vom 7. 1. 1994, S. 15).

⁽⁹⁾ Tagung der Kommissionen von Oslo und Paris auf Minister-Ebene am 21./22. September 1992.

⁽¹⁰⁾ ABl. Nr. L 194 vom 25. 7. 1975, S. 23. Richtlinie zuletzt geändert durch die Richtlinie 91/692/EWG (ABl. Nr. L 377 vom 31. 12. 1991, S. 48).

⁽¹¹⁾ ABl. Nr. L 186 vom 12. 7. 1991, S. 64.

- (10) Zur Anpassung der PCB-Beseitigungskapazitäten an den Bedarf müssen die vorhandenen PCB-Mengen ermittelt werden. Es ist daher eine Kennzeichnung der PCB enthaltenden Geräte und ihre Bestandsaufnahme erforderlich. Diese Bestandsaufnahme ist regelmäßig zu aktualisieren.
- (11) Aufgrund der Kosten und technischen Schwierigkeiten, die mit der Bestandsaufnahme von schwach PCB-kontaminierten Geräten verbunden sind, ist hierfür eine vereinfachte Bestandsaufnahme durchzuführen. Für Geräte, die schwach PCB-kontaminiert sind, ist angesichts der geringen Umweltrisiken, die von ihnen ausgehen, eine Beseitigung am Ende ihrer Lebensdauer vorzusehen.
- (12) Da das Inverkehrbringen von PCB nicht gestattet ist, ist auch das Heraustrennen von PCB aus anderen Stoffen für Zwecke der Wiederverwendung der PCB und die Befüllung von Transformatoren mit PCB zu verbieten. Aus Sicherheitsgründen können Transformatoren jedoch weiterhin gewartet werden, wenn damit bezweckt wird, die dielektrische Qualität der darin enthaltenen PCB aufrechtzuerhalten.
- (13) Unternehmen, die PCB beseitigen und/oder dekontaminieren, bedürfen einer Genehmigung.
- (14) Es müssen Vorschriften für die Dekontaminierung von Geräten festgelegt werden, die PCB enthalten, und es muß eine spezielle Kennzeichnung dieser Geräte vorgeschrieben werden.
- (15) Bestimmte fachliche Aufgaben zur Umsetzung der vorliegenden Richtlinie sollten nach dem Ausschußverfahren des Artikels 18 der Richtlinie 75/442/EWG von der Kommission wahrgenommen werden.
- (16) Da die Anzahl der PCB-Beseitigungs- und Dekontaminierungsanlagen gering und ihre Kapazität begrenzt ist, muß die Beseitigung und/oder die Dekontaminierung der erfaßten PCB systematisch geplant werden. Des weiteren empfiehlt es sich, für die nicht in einer Bestandsaufnahme erfaßten Geräte die Grunzüge einer Regelung für die Einsammlung und Beseitigung zu erstellen. Bei diesen Grundzügen kann erforderlichenfalls auf bestehende Verfahren für Abfälle im allgemeinen zurückgegriffen werden; sehr schwache PCB-Mengen, die praktisch nicht feststellbar sind, brauchen nicht berücksichtigt zu werden —

HAT FOLGENDE RICHTLINIE ERLASSEN:

Artikel 1

Diese Richtlinie dient der Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die kontrollierte Beseitigung der PCB, die Dekontaminierung oder Beseitigung PCB-haltiger Geräte und/oder die Beseitigung von PCB-Abfall und zielt auf ihre vollständige Beseitigung auf der Grundlage dieser Richtlinie ab.

Artikel 2

Im Sinne dieser Richtlinie bezeichnet der Ausdruck

- a) „PCB“
- polychlorierte Biphenyle,
 - polychlorierte Terphenyle,
 - Monomethyltetrachlordiphenylmethan, Monomethyldichlordiphenylmethan, Monomethyldibromodiphenylmethan,
 - jedes Gemisch mit einem Summengehalt von mehr als 0,005 Gewichtsprozent der vorgenannten Stoffe;
- b) „PCB-haltige Geräte“ jede Einrichtung, die PCB enthält oder enthalten hat (z. B. Transformatoren, Kondensatoren, Behälter mit Restbeständen) und nicht dekontaminiert worden ist. Außer bei begründeter Annahme des Gegenteils werden Einrichtungen, die möglicherweise PCB enthalten, als PCB-haltig betrachtet;
- c) „PCB-Abfall“ jegliches PCB, das Abfall im Sinne der Richtlinie 75/442/EWG ist;
- d) „Besitzer“ die natürliche oder juristische Person, in deren Besitz sich PCB, PCB-Abfall und/oder PCB-haltige Geräte befinden;
- e) „Dekontaminierung“ alle Handlungen, die bewirken, daß mit PCB kontaminierte Geräte, Gegenstände, Stoffe oder Fluide wiederverwendet oder stofflich verwertet oder unter sicheren Bedingungen beseitigt werden können; hierzu gehört auch der Ersatz, d. h. alle Handlungen, die darin bestehen, PCB durch ein geeignetes nicht PCB-haltiges Fluid zu ersetzen;
- f) „Beseitigung“ die in Anhang II A der Richtlinie 75/442/EWG aufgeführten Verfahren D 8, D 9, D 10, D 12 (nur sichere und tiefe unterirdische Lagerung in Trockengesteinsformationen und nur für nicht dekontaminierbare Geräte, die PCB und PCB-Abfall enthalten) und D 15.

Artikel 3

Unbeschadet ihrer internationalen Verpflichtungen treffen die Mitgliedstaaten die erforderlichen Maßnahmen, um so bald wie möglich für die Beseitigung von PCB-Abfall sowie für die Dekontaminierung oder Beseitigung von PCB und PCB-haltiger Geräte zu sorgen. Für die Geräte und die darin enthaltenen PCB, die der Bestandsaufnahme nach Artikel 4 Absatz 1 unterliegen, ist die Dekontaminierung und/oder Beseitigung jedoch bis spätestens zum Jahresende 2010 durchzuführen.

Artikel 4

- (1) Um Artikel 3 nachzukommen, sorgen die Mitgliedstaaten für eine Bestandsaufnahme der Geräte mit mehr als 5 dm³ PCB und übermitteln der Kommission spätestens drei Jahre nach Annahme dieser Richtlinie eine Zusammenfassung der Bestandsaufnahmen. Bei elektrischen Kondensatoren gilt der Grenzwert von 5 dm³ für die Gesamtheit der einzelnen Bestandteile einer Anordnung mit mehreren Kondensatoren.

(2) Geräte, bei denen die begründete Annahme besteht, daß die Fluide zwischen 0,05 und 0,005 Gewichtsprozent PCB enthalten, dürfen ohne die erforderlichen Angaben nach Absatz 3 dritter und vierter Gedankenstrich in das Bestandsverzeichnis aufgenommen und mit der Kennzeichnung „PCB-kontaminiert < 0,05 v. H.“ versehen werden. Ihre Dekontaminierung oder Beseitigung erfolgt im Einklang mit Artikel 9 Absatz 2.

(3) Die Bestandsaufnahmen müssen mindestens folgendes enthalten:

- Name und Anschrift des Besitzers,
- Aufstellungsort und Beschreibung des Geräts,
- Menge der in dem Gerät enthaltenen PCB,
- Daten und Arten der durchgeführten oder geplanten Behandlung oder Ersetzung,
- Datum der Meldung.

Hat ein Mitgliedstaat bereits eine ähnliche Bestandsaufnahme vorgenommen, kann eine erneute Bestandsaufnahme entfallen. Die Bestandsaufnahme werden regelmäßig aktualisiert.

(4) Um Absatz 1 nachzukommen, treffen die Mitgliedstaaten die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, daß jeder Besitzer solcher Geräte den zuständigen Behörden die in seinem Besitz befindlichen Mengen und jede diesbezügliche Änderung mitteilt.

(5) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, daß alle Geräte, die nach Absatz 1 der Bestandsaufnahmepflicht unterliegen, mit einer Kennzeichnung versehen werden. Eine ähnliche Kennzeichnung ist ferner auf der Tür der Räume anzubringen, in denen sich diese Geräte befinden.

(6) PCB-Beseitigungsunternehmen führen über Menge, Herkunft, Art und PCB-Gehalt von angeliefertem PCB-Abfall ein Register. Sie teilen diese Angaben den zuständigen Behörden mit. Das Register kann von den örtlichen Behörden und von der Öffentlichkeit eingesehen werden. Die Unternehmen stellen Besitzern, die PCB-Abfall anliefern, eine Bescheinigung aus, in der Art und Menge spezifiziert werden.

(7) Die Mitgliedstaaten sorgen dafür, daß die zuständigen Behörden die mitgeteilten Mengen überwachen.

Artikel 5

(1) In Abweichung von Artikel 3 der Richtlinie 75/442/EWG untersagen die Mitgliedstaaten das Heraustrennen von PCB aus anderen Stoffen für Zwecke der Wiederverwendung der PCB.

(2) Die Mitgliedstaaten verbieten die Befüllung von Transformatoren mit PCB.

(3) PCB-haltige Transformatoren dürfen bis zu ihrer Dekontaminierung, Außerdienststellung und/oder Beseitigung gemäß dieser Richtlinie nur dann weiterhin gewartet werden, wenn damit bezweckt wird, daß die in ihnen enthaltenen PCB die technischen Normen oder

Spezifikationen in bezug auf die dielektrische Qualität erfüllen, und wenn die Transformatoren in einwandfreiem Zustand und dicht sind.

Artikel 6

(1) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, daß PCB-Abfälle und PCB-haltige Geräte, die der Bestandsaufnahmepflicht nach Artikel 4 Absatz 1 unterliegen, baldmöglichst einem nach Artikel 8 zugelassenen Unternehmen übergeben werden.

(2) Vor der Übergabe von PCB, PCB-Abfällen und/oder PCB-haltigen Geräten an ein zugelassenes Unternehmen sind alle notwendigen Vorsichtsmaßnahmen zu treffen, um jegliche Brandgefahr zu vermeiden. Die PCB werden hierzu weit weg von brennbaren Produkten gelagert.

(3) Soweit dies mit vertretbarem Aufwand durchführbar ist, werden PCB-haltige Geräte, die nicht der Bestandsaufnahmepflicht und Artikel 4 Absatz 1 unterliegen und die Bestandteile anderer Geräte sind, entfernt und getrennt gesammelt, sobald die betreffenden Geräte außer Betrieb gestellt, stofflich verwertet oder beseitigt werden.

Artikel 7

Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um die Verbrennung von PCB und/oder PCB-Abfällen auf Schiffen zu untersagen.

Artikel 8

(1) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, damit alle Unternehmen, die PCB, PCB-Abfälle und/oder PCB-haltige Geräte dekontaminieren und/oder beseitigen, eine Genehmigung nach Artikel 9 der Richtlinie 75/442/EWG einholen müssen.

(2) Im Falle der Beseitigung durch Verbrennung gelten die Bestimmungen der Richtlinie 94/67/EG des Rates vom 16. Dezember 1994 über die Verbrennung gefährlicher Abfälle⁽¹⁾. Andere Methoden zur Beseitigung von PCB, PCB-Abfällen und/oder PCB-haltigen Geräten können zugelassen werden, sofern hierbei — im Vergleich zur Verbrennung — gleichwertige Umweltschutzvorschriften und die als beste verfügbare Techniken bezeichneten technischen Normen eingehalten werden.

(3) Die Mitgliedstaaten treffen einzeln oder gemeinsam die erforderlichen Maßnahmen, damit, falls erforderlich, im Einklang mit Artikel 4 Absatz 3 Buchstabe a) Ziffer ii) der Verordnung (EWG) Nr. 259/93⁽²⁾ und Artikel 5 Absatz 1 der Richtlinie 75/442/EWG Einrichtungen zur Beseitigung, Dekontaminierung und sicheren Lagerung von PCB, PCB-Abfällen und/oder PCB-haltigen Geräten geschaffen werden.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 365 vom 31. 12. 1994, S. 34.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 30 vom 6. 2. 1993, S. 1. Verordnung geändert durch die Entscheidung 94/721/EG der Kommission (ABl. Nr. L 288 vom 9. 11. 1994, S. 36).

Artikel 9

(1) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um sicherzustellen, daß Transformatoren, die mehr als 0,05 Gewichtsprozent PCB enthalten, unter den nachstehenden Bedingungen dekontaminiert werden:

- a) Mit der Dekontaminierung wird bezweckt, den PCB-Anteil auf weniger als 0,05 Gewichtsprozent und möglichst auf mindestens 0,005 Gewichtsprozent zu senken;
- b) die Gefährlichkeit des nicht PCB-haltigen Ersatzfluids muß deutlich niedriger sein;
- c) die Ersetzung des Fluids darf die anschließende Beseitigung der PCB nicht beeinträchtigen;
- d) die Kennzeichnung des Transformators wird nach seiner Dekontaminierung durch die im Anhang beschriebene Kennzeichnung ersetzt.

(2) In Abweichung von Artikel 3 sorgen die Mitgliedstaaten dafür, daß Transformatoren, deren Fluide zwischen 0,05 und 0,005 Gewichtsprozent PCB enthalten, entweder unter den gleichen Bedingungen wie in Absatz 1 Buchstaben b) bis d) beschrieben dekontaminiert oder am Ende ihres Verwendungszeitraums beseitigt werden.

Artikel 10

Die Kommission verfährt nach dem Verfahren des Artikels 18 der Richtlinie 75/442/EWG wie folgt:

- a) Sie legt die Referenzmethoden zur Bestimmung des PCB-Gehalts von kontaminiertem Material fest. Die vor der Festlegung der Referenzmethoden durchgeführten Messungen behalten ihre Gültigkeit;
- b) sie kann technische Normen für die in Artikel 8 Absatz 2 Satz 2 genannten anderen Methoden zur Beseitigung von PCB festlegen;
- c) sie stellt eine Liste mit den Produktnamen der PCB-haltigen Kondensatoren, Widerstände und Selbstinduktionsspulen bereit;
- d) sie bestimmt erforderlichenfalls ausschließlich für die Zwecke von Artikel 9 Absatz 1 Buchstaben b) und c) andere weniger gefährliche Ersatzstoffe für PCB.

Artikel 11

(1) Die Mitgliedstaaten erstellen binnen drei Jahren nach Annahme dieser Richtlinie

- einen Plan zur Dekontaminierung und/oder Beseitigung der in das Bestandsverzeichnis aufgenommenen Geräte und der darin enthaltenen PCB;

— die Grundzüge einer Regelung für die Einsammlung und spätere Beseitigung von Geräten, die nicht der Bestandsaufnahme nach Artikel 4 Absatz 1 unterliegen, gemäß Artikel 6 Absatz 3.

(2) Die Mitgliedstaaten teilen diesen Plan und diese Grundzüge unverzüglich der Kommission mit.

Artikel 12

(1) Die Mitgliedstaaten treffen die erforderlichen Maßnahmen, um dieser Richtlinie spätestens 18 Monate nach ihrer Annahme nachzukommen. Sie setzen die Kommission unverzüglich davon in Kenntnis.

(2) Wenn die Mitgliedstaaten Vorschriften nach Absatz 1 erlassen, nehmen sie in den Vorschriften selbst oder durch einen Hinweis bei der amtlichen Veröffentlichung auf diese Richtlinie Bezug. Die Mitgliedstaaten regeln die Einzelheiten dieser Bezugnahme.

(3) Die Mitgliedstaaten teilen der Kommission den Wortlaut der innerstaatlichen Rechtsvorschriften mit, die sie auf dem unter diese Richtlinie fallenden Gebiet erlassen. Die Kommission unterrichtet hiervon die anderen Mitgliedstaaten.

Artikel 13

(1) Diese Richtlinie tritt am Tag ihrer Annahme in Kraft; die Richtlinie 76/403/EWG wird mit Wirkung vom gleichen Tag aufgehoben.

(2) Mit Wirkung von dem in Absatz 1 genannten Tag.

- a) gilt die Bezugnahme auf „PCB und PCT im Sinne der Richtlinie 76/403/EWG“ in Artikel 10 Absatz 1 der Richtlinie 87/101/EWG⁽¹⁾ als Bezugnahme auf PCB im Sinne der vorliegenden Richtlinie;
- b) gilt die Bezugnahme auf die Richtlinie 76/403/EWG in Artikel 10 Absatz 2 der Richtlinie 87/101/EWG als Bezugnahme auf die vorliegende Richtlinie;
- c) gilt die Bezugnahme auf Artikel 6 der Richtlinie 76/403/EWG in Artikel 2 Buchstabe j) der Verordnung (EWG) Nr. 259/93 als Bezugnahme auf Artikel 8 der vorliegenden Richtlinie.

Artikel 14

Diese Richtlinie ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Geschehen zu Brüssel am 16. September 1996.

Im Namen des Rates

Der Präsident

I. YATES

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 42 vom 12. 2. 1987, S. 43.

ANHANG

Kennzeichnung dekontaminierter PCB-haltiger Geräte

Jede Einheit dekontaminierter Geräte muß deutlich mit einem unzerstörbaren getriebenen oder eingravierten Kennzeichen versehen sein; dieses muß die nachstehenden Angaben umfassen und in der Sprache des Landes, in dem das Gerät zum Einsatz kommt, abgefaßt sein:

DEKONTAMINIERTES PCB-GERÄT

PCB-haltiges Fluid ist ersetzt worden

- durch (Name des Ersatzfluids)
- am (Datum)
- von (Name des Unternehmens)

PCB-Konzentration

- des ersetzen Fluids Gewichtsprozent
- des Ersatzfluids Gewichtsprozent

II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

RAT

BESCHLUSS DES RATES

vom 16. September 1996

zur Ernennung von vier Mitgliedern und acht stellvertretenden Mitgliedern des Ausschusses der Regionen

(96/556/EG)

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, insbesondere auf Artikel 198a,

gestützt auf die Beschlüsse des Rates vom 26. Januar 1994⁽¹⁾ und 23. Januar 1995⁽²⁾ zur Ernennung der Mitglieder und der stellvertretenden Mitglieder des Ausschusses der Regionen,

in der Erwägung, daß durch das Ausscheiden der Mitglieder Herrn Norbert De Batselier, Herrn Hugo Weckx, Herrn Michel Lebrun und Herrn Tarcisio Grandi sowie der stellvertretenden Mitglieder Herrn Antonio Gómez Fayren, Herrn Theo Kelchtermans, Herrn Lode Hancke, Herrn Louis Vanvelthoven, Herrn Stefaan De Clerck, Herrn Herman Suykerbuyk, Herrn Jean-Claude Van Cauwenberghe und Herrn Carlo Andreotti, das dem Rat am 18. Dezember 1995, 1. Juli 1996, 3. September 1996, 25. Juli 1996, 2. September 1996, 1. Juli 1996, 19. Juni 1996, 1. Juli 1996, 1. Juli 1996, 10. September 1996, 3. September 1996 und 10. September 1996 zur Kenntnis gebracht wurde, die Sitze von vier Mitgliedern und acht stellvertretenden Mitgliedern des Ausschusses frei geworden sind,

auf Vorschlag der belgischen, der italienischen und der spanischen Regierung —

BESCHLIESST:

Einzigster Artikel

1. Herr Eddy Baldewijns wird als Nachfolger von Herrn Norbert De Batselier für dessen verbleibende Amtszeit, d. h. bis zum 25. Januar 1998, zum Mitglied des Ausschusses der Regionen ernannt.

2. Herr Herman Suykerbuyk wird als Nachfolger von Herrn Hugo Weckx für dessen verbleibende Amtszeit, d. h. bis zum 25. Januar 1998, zum Mitglied des Ausschusses der Regionen ernannt.

3. Herr Karel De Gucht wird als Nachfolger von Herrn Michel Lebrun für dessen verbleibende Amtszeit, d. h. bis zum 25. Januar 1998, zum Mitglied des Ausschusses der Regionen ernannt.

4. Herr Carlo Andreotti wird als Nachfolger von Herrn Tarcisio Grandi für dessen verbleibende Amtszeit, d. h. bis zum 25. Januar 1998, zum Mitglied des Ausschusses der Regionen ernannt.

5. Herr Freddy Sarens wird als Nachfolger von Herrn Theo Kelchtermans für dessen verbleibende Amtszeit, d. h. bis zum 25. Januar 1998, zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses der Regionen ernannt.

6. Herr Gilbert Bossuyt wird als Nachfolger von Herrn Lode Hancke für dessen verbleibende Amtszeit, d. h. bis zum 25. Januar 1998, zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses der Regionen ernannt.

7. Herr Peter Vanvelthoven wird als Nachfolger von Herrn Louis Vanvelthoven für dessen verbleibende Amtszeit, d. h. bis zum 25. Januar 1998, zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses der Regionen ernannt.

8. Herr Paul Dumez wird als Nachfolger von Herrn Stefaan De Clerck für dessen verbleibende Amtszeit, d. h. bis zum 25. Januar 1998, zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses der Regionen ernannt.

⁽¹⁾ ABl. Nr. L 31 vom 4. 2. 1994, S. 29.

⁽²⁾ ABl. Nr. L 25 vom 2. 2. 1995, S. 20.

9. Herr Hugo Van Rompaye wird als Nachfolger von Herrn Herman Suykerbuyk für dessen verbleibende Amtszeit, d. h. bis zum 25. Januar 1998, zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses der Regionen ernannt.
10. Herr Willy Burgeon wird als Nachfolger von Herrn Jean-Claude Van Cauwenberghe für dessen verbleibende Amtszeit, d. h. bis zum 25. Januar 1998, zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses der Regionen ernannt.
11. Herr Tarcisio Grandi wird als Nachfolger von Herrn Carlo Andreotti für dessen verbleibende Amtszeit, d. h. bis zum 25. Januar 1998, zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses der Regionen ernannt.
12. Herr Juan Antonio Megías García wird als Nachfolger von Herrn Antonio Gómez Fayren für dessen verbleibende Amtszeit, d. h. bis zum 25. Januar 1998, zum stellvertretenden Mitglied des Ausschusses der Regionen ernannt.

Geschehen zu Brüssel am 16. September 1996.

Im Namen des Rates

Der Präsident

I. YATES

KOMMISSION

BESCHLUSS Nr. 1/96 DES AKP—EG-AUSSCHUSSES FÜR ZUSAMMENARBEIT IM ZOLLWESEN

vom 2. September 1996

über eine Abweichung von der Bestimmung des Begriffs „Ursprungswaren“ zur Berücksichtigung der besonderen Lage der Hersteller von Garnen (HS-Codes 5402 52 und 5402 62) im Königreich Swasiland

(96/557/EG)

DER AKP—EG-AUSSCHUSS FÜR ZUSAMMENARBEIT IM ZOLLWESEN —

gestützt auf das am 15. Dezember 1989 in Lomé unterzeichnete Vierte AKP—EWG-Abkommen, insbesondere auf Protokoll Nr. 1, Artikel 31 Absatz 9,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Nach Artikel 31 des Protokolls über die Bestimmung des Begriffs „Ursprungswaren“ und die Methoden der Zusammenarbeit der Verwaltungen kann der Ausschuss für Zusammenarbeit im Zoll Abweichungen von diesem Protokoll gewähren, wenn die Entwicklung bestehender oder die Ansiedlung neuer Industrien dies rechtfertigen.

Die AKP-Staaten haben für Umspinnungsgarn (sogenanntes „core yarn“) einen Antrag der Regierung des Königreichs Swasiland auf Abweichung von der Bestimmung des Begriffs „Ursprungswaren“ in Protokoll Nr. 1 vorgelegt.

Die beantragte Abweichung ist nach den einschlägigen Bestimmungen des Protokolls Nr. 1 gerechtfertigt, insbesondere durch die Entwicklung bestehender Industrien, die Tatsache, daß der Antragsteller ein Binnenland ist, weiter die Tatsache, daß das Problem nicht mit Hilfe der Regeln über den kumulativen Warenursprung gelöst werden kann, und schließlich das Niveau des in Swasiland erwirtschafteten Mehrwerts. Die Abweichung kann keine schweren Schäden für einen Industriezweig der Gemeinschaft herbeiführen, sofern gewisse Bedingungen in bezug auf Warenmengen, Überwachung und Geltungsdauer eingehalten werden.

In ihrem am 8. Dezember 1995 eingegangenen Originalantrag und in ihrem am 17. Januar 1996 eingegangenen Berichtigungsschreiben haben die AKP-Staaten das Inkrafttreten der Abweichung mit Wirkung vom 1. Januar 1994 beantragt.

Da die AKP-Staaten die Notwendigkeit einer solchen um zwei Jahre zurückwirkenden Geltung jedoch keineswegs begründet haben, ist eine rückwirkende Anwendung für die Gemeinschaft nicht akzeptabel —

BESCHLIESST:

Artikel 1

Abweichend von den besonderen Bestimmungen des Anhangs II zu Protokoll Nr. 1 gelten die im Anhang dieses Beschlusses aufgeführten, in Swasiland hergestellten Waren unter den nachstehend aufgeführten Bedingungen als Ursprungserzeugnisse der AKP-Staaten.

Artikel 2

Die Abweichung gemäß Artikel 1 gilt für Waren, die in der Zeit vom 1. Januar 1996 bis zum 31. Dezember 1999 von Swasiland in die Gemeinschaft ausgeführt werden.

Artikel 3

Die zuständigen Behörden Swasilands treffen die erforderlichen Maßnahmen, um die effektiv ausgeführten Mengen der in Artikel 1 genannten Erzeugnisse überwachen zu können. Alle gemäß diesem Beschluß ausgestellten Papiere sind daher mit einem Verweis auf diesen Beschluß zu versehen. Die zuständigen Behörden Swasilands übermitteln der Kommission alle drei Monate eine Aufstellung der Mengen, für die aufgrund dieses Beschlusses Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 ausgestellt wurden, mitsamt den laufenden Nummern dieser Bescheinigungen.

Artikel 4

Die AKP-Staaten, die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten treffen — jeder im Rahmen seiner Zuständigkeit — alle zur Durchführung dieses Beschlusses erforderlichen Maßnahmen.

Artikel 5

Dieser Beschluß tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Geschehen zu Brüssel am 2. September 1996.

*Im Namen des AKP—EG-Ausschusses
für Zusammenarbeit im Zollwesen*

Die Vorsitzenden

James CURRIE

Edmond CAKPO-TOZO

ANHANG

(in kg)

HS-Code	Erzeugnis	Jahr	Mengen
5402.52	Garne	1996	1 014 000
5402.62		1997	1 115 000
		1998	1 115 000
		1999	1 115 000

**BESCHLUSS Nr. 2/96 DES AKP—EG-AUSSCHUSSES FÜR ZUSAMMEN-
ARBEIT IM ZOLLWESEN**

vom 2. September 1996

**über eine Abweichung von der Bestimmung des Begriffs „Ursprungswaren“ zur
Berücksichtigung der besonderen Lage von Fidschi, Mauritius und Senegal bei
der Produktion von Thunfischkonserven und Thunfischstücken**

(96/558/EG)

DER AKP—EG-AUSSCHUSS FÜR ZUSAMMENARBEIT IM
ZOLLWESEN —

gestützt auf das am 15. Dezember 1989 in Lomé unterzeichnete Vierte AKP—EWG-Abkommen, das durch das am 4. November 1995 in Mauritius unterzeichnete Abkommen geändert wurde, insbesondere auf Artikel 31 Absatz 8 des Protokolls Nr. 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

Abweichungen von den in diesem Protokoll genannten Ursprungsregeln können genehmigt werden, wenn die Entwicklung bestehender oder die Ansiedlung neuer Industrien dies rechtfertigen.

Artikel 31 Absatz 8 des Protokolls sieht ein besonderes Verfahren für Abweichungen bei Thunfischkonserven und Thunfischstücken vor, wonach die Abweichungen automatisch innerhalb eines Jahreskontingents gewährt werden.

Gemäß Artikel 31 Absatz 8 legten die AKP-Staaten am 24. Mai 1996 einen Antrag der Regierungen von Fidschi, Mauritius und Senegal auf Abweichung von der in diesem Protokoll genannten Regel für in diesen Ländern vom 1. Januar 1996 bis zum 29. Februar 2000 hergestellte Thunfischkonserven und -stücke mit folgender Aufteilung vor: 600 Tonnen Thunfischkonserven und 300 Tonnen Thunfischstücke für Fidschi, 300 Tonnen Thunfischkonserven und 200 Tonnen Thunfischstücke für Mauritius und 600 Tonnen Thunfischkonserven für Senegal.

Fidschi, Mauritius und Senegal wurde bereits eine Abweichung für eine jährliche Menge von 2 500 Tonnen Thunfischkonserven eingeräumt.

Unter diesen Umständen empfiehlt es sich, Fidschi, Mauritius und Senegal die beantragte Abweichung vom 1. Juni 1996 bis zum 29. Februar 2000 zu gewähren —

BESCHLIESST:

Artikel 1

Abweichend von den besonderen Bestimmungen der Liste des Anhangs II zum Protokoll Nr. 1 des Vierten AKP—EWG-Abkommens gelten die im Gebiet von

Fidschi, Mauritius oder Senegal aus Fischen ohne Ursprungseigenschaft hergestellten Thunfischkonserven und die Thunfischstücke des HS-Codes ex. 16 04 unter den in diesem Beschluß genannten Bedingungen als Ursprungswaren dieser Länder.

Artikel 2

Die Abweichung nach Artikel 1 gilt für die in den Anhängen aufgeführten Mengen, die die betreffenden Länder vom 1. Juni 1996 bis zum 29. Februar 2000 jährlich ausführen.

Artikel 3

Die in Artikel 2 genannten Mengen werden von der Kommission verwaltet, diese kann alle zweckdienlichen Maßnahmen treffen, um eine wirksame Verwaltung zu gewährleisten.

Legt ein Einführer in einem Mitgliedstaat eine Anmeldung zur Abfertigung zum zollrechtlich freien Verkehr vor und beantragt die Anwendung dieses Beschlusses und nehmen die Zollbehörden diese Anmeldung an, so nimmt der betreffende Mitgliedstaat durch Mitteilung an die Kommission die Ziehung einer seinem Bedarf entsprechenden Menge vor.

Die Ziehungsanträge sind der Kommission mit Angabe des Datums, an dem die betreffenden Zollanmeldungen angenommen wurden, unverzüglich zu übermitteln.

Die Ziehungen werden von der Kommission nach derselben Reihenfolge gewährt, in der die Zollbehörden der betreffenden Mitgliedstaaten die Anmeldung zur Überführung in den zollrechtlich freien Verkehr angenommen haben, soweit die verfügbare Restmenge ausreicht.

Nutzt ein Mitgliedstaat die gezogenen Mengen nicht aus, so hat er diese umgehend zurückzuübertragen.

Übersteigen die Anträge die verfügbare Restmenge, so wird diese anteilmäßig zugeteilt. Die Mitgliedstaaten werden über die erfolgten Ziehungen unterrichtet.

Jeder Mitgliedstaat garantiert den Einführern der betreffenden Waren gleichen und kontinuierlichen Zugang zu den Mengen, bis diese ausgeschöpft sind.

Artikel 4

In Feld 7 der zur Durchführung dieses Beschlusses ausgestellten Warenverkehrsbescheinigungen EUR.1 sind der folgende Vermerk und die Nummer dieses Beschlusses einzutragen:

„Abweichung — Beschluß Nr. 2/96“.

Artikel 5

Die AKP-Staaten, die Mitgliedstaaten und die Gemeinschaft treffen — jeder im Rahmen seiner Zuständigkeit — alle zur Durchführung dieses Beschlusses erforderlichen Maßnahmen.

Artikel 6

Dieser Beschluß tritt am Tag seiner Annahme in Kraft.

Geschehen zu Brüssel am 2. September 1996.

*Für den AKP—EG-Ausschuß
für Zusammenarbeit im Zollwesen*

Die Vorsitzenden

James CURRIE

Edmond CAKPO-TOZO

ANHANG I

FIDSCHI

(in Tonnen)

Lfd. Nr.	HS-Code	Warenbezeichnung	Zeitraum	Mengen
09.1653	ex 1604	Thunfischkonserven	Vom 1. 6. 1996 bis 31. 5. 1997	600
			Vom 1. 6. 1997 bis 31. 5. 1998	600
			Vom 1. 6. 1998 bis 31. 5. 1999	600
			Vom 1. 6. 1999 bis 29. 2. 2000	450
09.1654	ex 1604	Thunfischstücke	Vom 1. 6. 1996 bis 31. 5. 1997	300
			Vom 1. 6. 1997 bis 31. 5. 1998	300
			Vom 1. 6. 1998 bis 31. 5. 1999	300
			Vom 1. 6. 1999 bis 29. 2. 2000	225

ANHANG II

MAURITIUS

(in Tonnen)

Lfd. Nr.	HS-Code	Warenbezeichnung	Zeitraum	Mengen
09.1653	ex 1604	Thunfischkonserven	Vom 1. 6. 1996 bis 31. 5. 1997	300
			Vom 1. 6. 1997 bis 31. 5. 1998	300
			Vom 1. 6. 1998 bis 31. 5. 1999	300
			Vom 1. 6. 1999 bis 29. 2. 2000	225
09.1654	ex 1604	Thunfischstücke	Vom 1. 6. 1996 bis 31. 5. 1997	200
			Vom 1. 6. 1997 bis 31. 5. 1998	200
			Vom 1. 6. 1998 bis 31. 5. 1999	200
			Vom 1. 6. 1999 bis 29. 2. 2000	150

ANHANG III

SENEGAL

(in Tonnen)

Lfd. Nr.	HS-Code	Warenbezeichnung	Zeitraum	Mengen
09.1653	ex 1604	Thunfischkonserven	Vom 1. 6. 1996 bis 31. 5. 1997	600
			Vom 1. 6. 1997 bis 31. 5. 1998	600
			Vom 1. 6. 1998 bis 31. 5. 1999	600
			Vom 1. 6. 1999 bis 29. 2. 2000	450